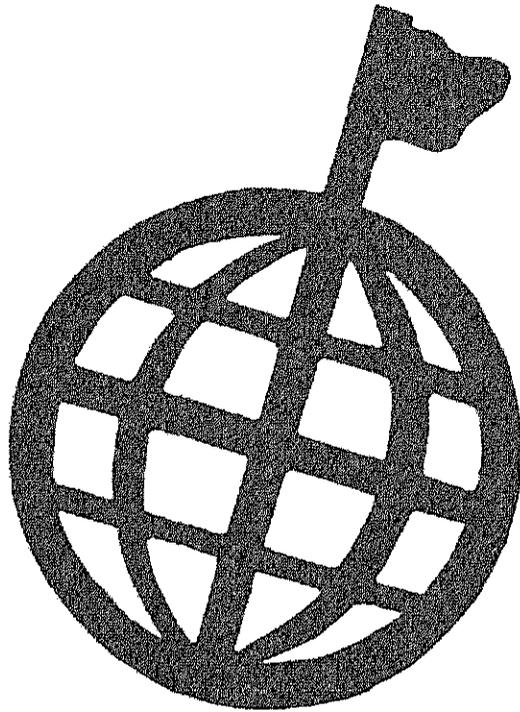
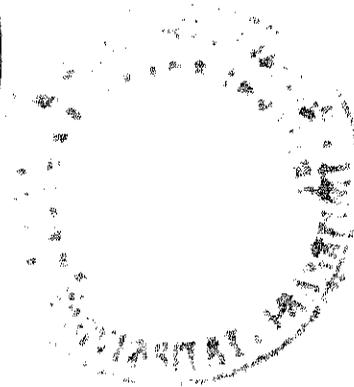


ROTER GLOBUS



ZN28



**Zeitschrift zur Kritik
bürgerlicher Geographie**

INHALT

Die Beiträge der Sozialgeographie zur Bildungsökonomie
und Infrastrukturplanung

Bürgerlicher Staat und Infrastruktur

Regionalpolitik unter kapitalistischen Bedingungen (Großbritannien)

Grundlagen der Stadtentwicklung

Rassismus und „separate development“ in Zimbabwe

DM 3.-

4

ROTER GLOBUS - Zeitschrift zur Kritik der
bürgerlichen Geographie

Nummer 4

-

Dezember 1972

-

1. Auflage

Inhalt:

Seite

1	Vorwort
6	Die Beiträge der Sozialgeographie zur Bildungs- ökonomie und Infrastrukturplanung (Heidemann/Flucinski/Thomas)
33	Bürgerlicher Staat und Infrastruktur (Giesen)
47	Exkurs: Begriff des Staates und historisch Durch- setzung (Thomas)
52	Regionalpolitik unter kapitalistischen Bedingungen Teil 1 : Großbritannien (Flucinski)
67	Grundlagen der Stadtentwicklung (Penserot)
83	Rassismus und "seperate development" in Zimbabwe (Weyl)

Die Zeitschrift ROTER GLOBUS erscheint im Selbstverlag, wird nicht gewerblich betrieben. Eventuelle Überschüsse werden nicht privat angeeignet, sondern fließen politischen Projekten zu.

Redaktionskollektiv (verantwortlich) :

Rolf Basters, Frank Giesen, Dieter Heidemann, Wolfgang Flucinski,
Paul Sinke, Wolfgang Stiebritz, Arndt Thomas

unter Mitarbeit von :

Angelika Bös (z.Z. Großbritannien)

Bankverbindung :

Volksbank Marburg/Lahn

Sonderkonto "ROTER GLOBUS" (D.Heidemann)

Nr. 12027

Anschrift der Redaktion :

Arndt Thomas
355 Marburg/Lahn
Weidenhäuserstr. 60

"Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen". (MEW I, 344; Marx an Ruge). "Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein IDEAL wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt ". (MEW III, 35 ; Deutsche Ideologie)

VORWORT

Die Änderung des Untertitels von "Zeitschrift für politische und ökonomische Geographie" in "Zeitschrift zur Kritik der bürgerlichen Geographie" ist nicht nur formale Spielerei bzw. Haarspalterei; im Gegenteil, dies hat fundamental etwas mit der Auffassung von dem, was Marxismus, was wissenschaftlicher Sozialismus ist, zu tun. Die Behauptung, der Sozialismus sei eine Utopie und nichts weiter als eine neue Religion ist nicht neu. So Löwith:

"Der gesamte Geschichtsprozeß, wie er im kommunistischen Manifest dargestellt wird spiegelt das allgemeine Schema der jüdisch-christlichen Interpretation der Geschichte als eines providentiellen Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Endziel hin". 1)

Oder Topitsch:

"Der dialektische Prophet will nicht in nüchternen Abwägung der Fakten mehr oder minder wahrscheinliche Prognosen stellen, (...) sondern er will um jeden Preis eine absolute Gewißheit der künftigen Verwirklichung dessen erwerben, was er voll Leidenschaft ersehnt". 2)

Allerdings trifft dieser Vorwurf nicht Marx und Engels, auch wenn es die bürgerlichen Theoretiker mit noch so großer Hatnäckigkeit behaupten. Natürlich tun sie dies wiederum nicht aus irgendeiner Bösartigkeit; es ist einmal bedingt durch die objektive Beschränktheit der bürgerlichen Wissenschaft - die nämlich von der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ausgeht und dieselbe wiederum als Gegenstand ihrer Betrachtung hat - und zum anderen wird diese Auffassung vom Marxismus nicht zuletzt gestärkt von vielen "Sozialisten" und "Kommunisten" die genau dieser bürgerlichen Auffassung von Marxismus entsprechend handeln bzw. theoretisch vorgehen.

1) U. Löwith: Weltgeschichte und Heilsgeschehen, S. 48; zitiert nach: Helmut Fleischer? Marxismus und Geschichte, Frankfurt/M. 1969

2) E. Topitsch: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft 1966, S. 294; zitiert nach : H. Fleischer

Wenn nämlich der Realität des Kapitalismus das Ideal Kommunitische Gesellschaft vorgehalten wird und sozialistische Politik von diesem Ziel aus bestimmt wird, wird Kommunismus nicht als reale Bewegung gesehen, sondern wird zur Idee.

Wer so vorgeht, verwechselt in der Tat den wissenschaftlichen Sozialismus mit religiöser Heilslehre, Marx gehörte dann in der Tat zu der großen Zahl der Weltverbesserer wieß: Christus, Bhudda, Thomas Morus, die Frühsozialisten usw, eingereicht. Mit Marxismus hat dies allerdings wenig zu tun. Schon 1843 macht Marx - schon bevor er sich mit der politischen Ökonomie auseinander gesetzt hatte - in einem Brief an Arnold Ruge den grundsätzlichen Unterschied seiner Position zu der der damaligen "Sozialisten" und "Kommunisten" klar.

"Größer noch als die äußeren Hindernisse scheinen beinahe die inneren Schwierigkeiten zu sein. Denn wenn auch kein Zweifel über das 'Woher', so herrscht desto mehr Konfusion über das 'Wohin'. Nicht nur, daß eine allgemeine Anarchie unter den Reformern ausgebrochen ist, so wird jeder sich selbst gestehen müssen, daß er keine Anschauung von dem hat, was werden soll". (MEW I, 344)

Man konnte fast meinen, Marx hat dies Anno 1972 geschrieben. Er fährt aber nun nicht fort und saugt sich eine dieser großartigen Ideen von "Besserer Welt" aus den Fingern; sondern:

"Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen". (MEW I, 344)

Was Marx anbietet ist keine neue Idee, kein neues Wunschbild; sein Vorschlag ist die Analyse der bestehenden Gesellschaft, die Kritik und daraus folgend die praktische Anwendung.

"Bisher hatten die Philosophen die Auflösung der Rätsel in ihren Pulten liegen, und die dumme exoterische ^{Welt} hatte nur das Maul aufzusperrn, damit ihr die gebratenen Tauben der absoluten Wissenschaft in den Mund flogen. Die Philosophie hat sich verweltlicht, und der schlagendste Beweis dafür ist, daß das philosophische Bewußtsein selbst in die Qual des Kampfes nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich hineingezogen ist. Ist die Konstruktion der Zukunft und Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß eine Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten". (MEW I 344)

Die wirklichen Kämpfe und die wirkliche Bewegung sind der Ausgangspunkt und nicht die Antizipation (Vorwegnahme) einer neuen Gesellschaft, nicht die Kämpfe in den Gehirnen von Philosophen.

"Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will". (MEW I, 345)

"Unser Wahlspruch muß also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analysierung des mystischen, sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen". (MEW I, 346)

Wenn die Kategorien auch teilweise (wie z.B. die Welt; der Traum der Welt, das Bewußtsein der Welt) noch unspezifisch gefaßt sind, so ist doch hier schon das Wesensmäßige des Wissenschaftlichen Sozialismus dargestellt. Die Aufgabe von Sozialisten kann nur die Kritik, d.h. die Analyse der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft sein, die Gesetze und Grundlagen dieser Gesellschaft zu begreifen. Im wesentlichen haben auch Marx und Engels in ihren Arbeiten nichts anderes gemacht, als den Kapitalismus zu analysieren, zu begreifen und darzustellen. So zum Beispiel im Vorwort zum Kapital 1867:

"Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist - und es ist der letzte Endzweck dieses Werks das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen -, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen^h noch dekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abürzen und mildern". (MEW 23, S.16)

Sozialisten sein heißt die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu leisten und dies ist nicht eine Überbetonung oder das Absolutsetzen der Theorie; Kritik heißt begreifen, zurückführen der besonderen Widersprüche dieser Gesellschaft auf den grundlegenden, den allgemeinen Widerspruch. Ist die Wirklichkeit begriffen, als das was sie Wesensmäßig ist, hat also die ausgebeudete Klasse ihre gesellschaftliche Stellung erkannt, was nichts anderes heißt, als daß sie das Bewußtsein ihrer Lage erlangt hat, dann schlägt Theorie um in Praxis. Kritik der bürgerlichen Gesellschaft ist die Einheit von Theorie und Praxis, Theorie und Praxis stehen aber nichtunmittelbar und gleichwertig nebeneinander: revolutionäre Praxis kann immer nur durch Erkenntnis - und d.h. im Kapitalismus nun mal Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, da Wesen und Erscheinung nicht identisch (Warenfetisch) - vermittelt sein; die Theorie steht am Anfang, die Aufhebung von Widersprüchen setzt die Kenntnis davon voraus.

Das Begreifen des Kapitalismus auf dem Wege der theoretischen Erarbeitung ist allerdings nicht die historische (empirische) Art und Weise wie es sich an der Oberfläche vollzieht; d.h. die Entwicklung

* Diese Entwicklung wie sie hier aufgezeigt ist, darf nicht historisch (empirisch) begriffen werden, sondern als logische (verkürzte) Darstellung. In der empirischen Realität vollzieht sich die Entwicklung von Klassenbewußtsein in viel komplexere Weise.

von Klassenbewußtsein geschieht nicht außerhalb der kapitalistischen Realität. Das Kapital selbst schafft sich seinen Gegenpol, die Klasse der Lohnarbeiter, wie sie objektiv existiert, aber es schafft sie auch als "revolutionäres Subjekt". Die Entwicklung der 'Klasse an sich' zur 'Klasse für sich' ist selbst schon in der Kapitalbewegung gegeben. Dann, wenn die materiellen Verhältnisse (die Wirklichkeit) zum Gedanken (zur Erkenntnis dieser Verhältnisse) drängen, beginnt der vom Kapital selbst geschaffene Totengräber seine Arbeit, dann wird Theorie zur materiellen Gewalt.

"Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch die materielle Gewalt, sobald sie die Massen ergreift". (MEW I, S.385)

Nach allem kann unsere Arbeit nur die Kritik der bestehenden Verhältnisse sein, d.h. die Widersprüche die an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen, sowie Widersprüche in der Reflexion dieser Realität durch bürgerliche Theoretiker, aufzunehmen und ihre Begründung im Kapitalverhältnis nachzuweisen. Es geht darum aufzuzeigen, daß die empirische Realität, wie sie einem ins Auge springt, die wirklichen (wesentlichen) Verhältnisse verkehrt erscheinen läßt, daß die Realität, wie sie erscheint nicht unvermittelt aufgenommen und absorbiert gesehen werden kann.

Unsere Aufgabe besteht darin der bürgerlichen Geographie die Vermitteltheit, die Produziertheit der Realität, die sie als wertfrei, ahistorisch faßt, zu erklären und noch viel grundlegender für die Geographie (wie für jede Wissenschaft) aufzuzeigen, daß sie selbst als geographische Wissenschaft ein Produkt der kapitalistischen Verhältnisse ist d.h. nachzuweisen, daß nicht nur ihre Ergebnisse dem Kapital dienen - denn das sagt noch gar nichts über die kapitalistische Bestimmung dieser Wissenschaft - sondern daß die Geographie (und zwar die physische, wie die Anthropo-Geographie) vom Inhalt (Gegenstand) wie von ihren Methoden her - also mit Haut und Haar - eine kapitalistische Wissenschaft ist.

Wir können also nicht hergehen - wie im Vorwort zu Heft 1 des 'ROTEN GLOBUS' - und Gegenmodelle entwickeln wollen und dies noch als Hauptaufgabe der Politischen und Okonomischen Geographie ausgeben, oder uns der Illusion hingeben und meinen

Die Bestimmung der Wissenschaft aus dem Kapitalverhältnis kann hier nicht behandelt werden, siehe hierzu das im Augenblick wahrscheinlich einzig lesenswerte Buch: WISSENSCHAFT & KAPITAL
Rotzweg München 1972

"daß Politische und Ökonomische Geographie, wie jede Wissenschaft, auf den Nutzen und die fortschrittliche Entwicklung einer Gesellschaft ausgerichtet sein muß, deren Struktur und Organisation ausbeutungsfreie Verhältnisse zulassen. So hat Politische und Ökonomische Geographie planerische Praxis zu entwickeln und das Instrumentarium bereitzustellen, mit dessen Hilfe ein Beitrag zu einer am gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten, ökonomisch, aber auch kulturell etc. optimale Territorialstruktur geleistet werden kann". (Roter Globus 1, S.1)

Hier müssen wir harte Selbstkritik üben, denn diese Ausführungen sind schlichtweg illusorisch, wenn nicht sogar idealistisch. Hier wird haargenau von einer besseren Welt ausgegangen, wird die bestehende Wirklichkeit (sprich Politische und Ökonomische Geographie) moralisierend aufgefordert sich doch für die Verwirklichung dieser Idee einzusetzen. Es wird vollkommen von der kapitalistischen Bestimmung der Wissenschaft abtrünnigt, genauer: die Wissenschaft wird letztlich - wenn es in dieser Unmittelbarkeit auch nicht so gemeint war - als Freiraum und als Wertfrei angesehen, es wird die Illusion geführt im Kapitalismus eine Gegenwissenschaft zu etablieren, man sitzt dem Schein der Autonomie auf. Letztlich würde dies bedeuten, Wissenschaft als unabhängig von der kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten, womit wir dann selbst voll auf dem Boden der bürgerlichen Wissenschaft stünden.

Unsere Alternative kann nicht ein Gegenmodell sondern nur die vom Kapital selbst gesetzte Alternative sein - die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft über die Aufhebung und Auflösung der in der kapitalistischen Gesellschaft notwendigerweise existierenden Widersprüche voranzutreiben, und somit auch die Aufhebung der bürgerlichen Geographie.

Wir müssen an den Inhalten der Geographie ansetzen, und sie (wie ihre Methoden) auf ihre kapitalistische Produziertheit zurückführen. Dabei wird sich zeigen, daß die Widersprüche, die in der Geographie auftauchen nicht von ihr selbst produziert sind, sondern ihren Ursprung in der kapitalistischen Produktionsweise haben. Notwendigerweise können wir diese Widersprüche dann auch nicht an dem Ort an dem sie erscheinen aufheben sondern nur aufgreifen und sie - die abgeleiteten Widersprüche - an den Ort ihrer Entstehung zurückführen.

Dieter Heidemann/Wolfgang Plucinski/Arndt Thomas

DIE BEITRÄGE DER SOZIALGEOGRAPHIE ZUR BILDUNGSÖKONOMIE UND INFRASTRUKTURPLANUNG

Vorbemerkung: Dieser Artikel wurde - nur unwesentlich verändert - im WS 72/73 in Marburg in einem Mittelseminar (mit dem Thema : Sozialgeographie) als Arbeit vorgelegt. Auf Grundlage dieses Papiers wurden anhand eines GEIPEL-Aufsatzes (GEIPEL 1971) die Hauptthesen der Arbeit im Seminar nochmals diskutiert.

EINLEITUNG

In Veröffentlichungen über Bildungsplanung und Bildungschancen in der BRD findet sich neben der obligatorischen Erwähnung des Ökonomen EDDING, des Soziologen PEISERT, des Stadtplaners GEISSLER und des Pädagogen AURIN u. a. meistauch ein Hinweis auf den Sozialgeographen R. GEIPEL. (vgl. BECKER 1971, S. 11 und HANDWÖRTERBUCH, Spalte 2607).

Das hat einen doppelten Grund.

Die Entwicklung des BRD-Kapitalismus machte in den 60er Jahren eine Umstrukturierung des Ausbildungssystems immer notwendiger. Die aus dieser Notwendigkeit entstandene Bildungsökonomie entwickelte Konzepte, um die Krise zu lösen. Zur Durchsetzung mußten diese Konzepte natürlich regional konkretisiert werden. Und hier sah die Sozialgeographie ihre Aufgabe.

Zugleich war die Bedeutung der Sozialgeographie mit zunehmender Anpassung auch der Geisteswissenschaften an die Kapitalverwertungsbedingungen im Schwinden begriffen. Die Chance der Aufwertung sahen die Sozialgeographen durch ständige Hinweise auf die Möglichkeiten der Geographie bei der Lösung von aktuellen Problemen gegeben.

Konsequenterweise ist bei R. GEIPEL der immer wiederkehrende Hinweis, daß die Geographie Fehlinvestitionen vermeiden und bei Staatsaufgaben mithelfen kann, das wichtigste Argument, warum Sozialgeographie nicht einfach beiseite gelassen werden darf (z. B. GEIPEL 1965, S. 5, 53; 1966, S. 452; 1968a, S. 23; 1968b, S. 155, 157, 161; 1971, S. 60f).

Mitte der 60er Jahre fing GEIPEL damit an, raumrelevantes Bildungsverhalten zu untersuchen und er ist bis heute der einzige bedeutende Vertreter der Sozialgeographie unter den Bildungsplanern geblieben. Die "Geographie des Bildungswesens" kann daher mit R. GEIPEL identifiziert werden. Zugleich ist GEIPEL heute Vertreter des prozessualen Ansatzes, wie er ^{von} RUPPERT, SCHAFFER u. a. definiert wurde.

Um diesen Ansatz sowie den Beitrag der Sozialgeographie zur Bildungsökonomie und Infrastrukturplanung einordnen zu können, müssen wir zunächst den allgemeinen Rahmen darstellen, auf dessen Grundlage eine Einschätzung erst möglich wird.

Da Bildungsplanung Teil der Infrastrukturplanung ist, die ihrerseits vom Staat betrieben wird, beginnen wir mit der Funktion und der Bestimmung des Staates, setzen uns dann kurz mit bürgerlichen Infrastrukturtheorien auseinander, gehen auf die Entwicklung des Ausbildungssektors und die Bildungsökonomie ein, um dann - nach Darstellung allgemeiner Bildungsplanungsansätze - zur Kritik der Geographie des Bildungswesens und R. GEIPELS zu kommen.

DER STAAT

Der Staat ist kein Naturprodukt, kein freier Zusammenschluß von Menschen, er ist kein von Gott eingesetztes Gremium oder eine Verwirklichung einer sittlichen Idee.

Die Entstehung des Staates läßt sich aus der ökonomischen Entwicklungsgeschichte der Menschheit erklären.

Solange die Menschen noch als Gleiche ^{gemeinsam} produzieren und produzieren müssen um ihre Existenz überhaupt zu sichern, bilden die Produktion und die Verwaltung, Organisation und Aufrechterhaltung der Produktion noch eine unmittelbare Einheit. Es ist also noch kein besonderer Apparat notwendig, um die Produktion aufrechtzuerhalten.

Mit zunehmender Entwicklung der Arbeitsmittel (Werkzeuge) und der Geschicklichkeit usw. kann mehr produziert werden. Es ist nicht mehr die Notwendigkeit der gemeinsamen Produktion gegeben.

"Je weniger faktisch das Eigentum des Einzelnen nur verwertet werden kann durch gemeinsame Arbeit - also z.B. wie die Wasserleitungen im Orient -, je mehr der rein naturwüchsige Charakter des Stammes durch historische Bewegung, Wanderung gebrochen; je mehr ferner der Stamm sich entfernt von seinem ursprünglichen Sitz und fremden Boden okkupiert, also in wesentlich neue Arbeitsbedingungen tritt und die Energie des Einzelnen mehr entwickelt ist - sein gemeinsamer Charakter mehr als negative Einheit nach außen erscheint und so erscheinen muß - um so mehr die Bedingungen gegeben, daß der Einzelne Privateigentümer von Grund und Boden - besonderer Parzelle - wird, deren besondere Bearbeitung ihm und seiner Familie anheimfällt. Die Gemeinde - als Staat - ist einerseits die Beziehung dieser freien und gleichen Privateigentümer aufeinander, ihre Verbindung gegen außen, und ist zugleich ihre Garantie." 1)

Auf der Grundlage des Privateigentums ist die ungleiche Entwicklung schon gegeben. Zum einen bildeten sich Besitzunterschiede heraus, indem der Adel (oft Kriegsführer, denn Stämme, die diese Form des Eigentums herausbildeten, waren wesentlich auch durch Kriegsführung geprägt; siehe Wanderungen etc.) sich ungleich mehr Land von dem aneignete, was neu hinzugewonnen worden war, und darüber hinaus das unverteilte Volksland verwaltete. Zum anderen bildeten sich Besitzunterschiede, da nun das Produkt eines jeden Privateigentümers auch privates Produkt war und somit auch recht unterschiedlich ausfallen konnte - gegeben durch natürliche Bedingungen wie Bodenqualität und schlechte Ernten

1) Marx, K., Grundrisse..., FfM 1971 (Nachdruck), S. 378

sowie auch durch Familienverhältnisse oder zu leistenden Kriegsdienst. Diese unterschiedliche Entwicklung des Besitzes kristallisierte bald zwei Pole heraus, nämlich große und kleine Grundeigentümer. Es entstanden Besitzklassen, und indem die ökonomisch stärkste Klasse sich zum politischen Herrscher machte, war der Staat geboren. (Dieser Prozeß verlief historisch natürlich nicht so gradlinig, sondern setzte sich im Laufe der Zeit unter Überwindung z.T. gegenläufiger Entwicklungen durch.).

"Der Staat ist entstanden aus dem Bedürfnis Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten ökonomisch herrschenden Klasse." 1)

In allen vorkapitalistischen (Staaten) Klassengesellschaften war die ökonomisch herrschende Klasse auch direkt die politisch herrschende. Alle vorkapitalistischen Staaten waren Ständestaaten. Der Inhalt des Staates, nämlich Instrument der Klassenherrschaft zu sein, hatte sich die Form der Herrschaft des großen über das kleine Eigentum gegeben.

DER BÜRGERLICHE (KAPITALISTISCHE) STAAT

Auch der bürgerliche Staat ist Klassenstaat. Er sichert die Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit, der Inhalt des bürgerlichen Staates ist genauso Instrument von Klassenherrschaft zu sein.

Wie verträgt sich aber diese Behauptung damit, daß der Mensch in unserer Gesellschaft vom Staat (bei der Rechtsprechung, im Wahlakt, Grundgesetz und Bildung) gleich behandelt wird, daß z.B. die Bestimmungen des Strafgesetzbuches für einen Arbeiter genauso gelten wie für einen Krupp-Manager, daß das Recht der freien Meinungsäußerung nach dem Grundgesetz für den Bauern im Hinterland genauso gilt wie für Axel Springer. Offensichtlich kann man also nicht von einer direkten Klassenherrschaft sprechen, da ja alle gleich behandelt werden. Der Haken muß woanders liegen.

Marx hat in seinen Schriften über den Staat (z.B. zur Judenfrage) den bürgerlichen Staat als Staat im eigentlichen Sinne bezeichnet, d.h. daß der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft erst zum politischen Staate wird, also daß er als politische Sphäre neben und außer der Gesellschaft steht. Während der Staat also in allen vorkapitalistischen Gesellschaften das politische Instrument der ökonomisch stärksten Klasse war (siehe Mittelalter, siehe Antike), steht er in der bürgerlichen Gesellschaft als rein politische Sphäre scheinbar neben und außer den Klassen und Klasseninteressen.

1) Engels, F., Ursprung... , Berlin 1968, S. 295

Die Beweislast liegt nun immer noch bei uns, wenn wir behaupten, der bürgerliche Staat sei ein Klassenstaat, ein Staat, der die Interessen des Kapitals vertritt.

Und wir gehen sogar weiter und behaupten, daß gerade die Existenz des bürgerlichen Staates neben und außer der Gesellschaft die Form der Klassenherrschaft ist, d.h., daß er nur auf diese Art und Weise die Herrschaft des Kapitals sichern kann.

Sehen wir uns dies genauer an.

In der bürgerlichen Gesellschaft muß wie in jeder Gesellschaft Natur angeeignet werden (d.h. gearbeitet werden), damit die Existenz dieser Gesellschaft gesichert ist. 1)

"Der erste geschichtliche Akt dieser Individuen, wodurch sie sich von den Tieren unterscheiden, ist nicht, daß sie denken, sondern, daß sie anfangen ihre Lebensmittel zu produzieren." 2)

"Man kann die Menschen durch das Bewußtsein, durch die Religion, durch was man sonst will, von den Tieren unterscheiden. Sie selbst fangen an sich von den Tieren zu unterscheiden, sobald sie anfangen, ihre Lebensmittel zu produzieren, ein Schritt, der durch ihre körperliche Organisation bedingt ist. Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst." 3)

Daß die Menschen produzieren und in Gesellschaft produzieren, unterscheidet also nicht die kapitalistische Gesellschaft von anderen Gesellschaften. Was den Kapitalismus vom Mittelalter oder von der Antike unterscheidet ist das Wie, nämlich wie produziert wird.

Nun kann man natürlich sagen, daß im Kapitalismus im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital produziert wird. Dies stimmt auch, aber es sagt uns zu wenig aus. Wir müssen die kapitalistische Produktion genauer darstellen.

Nehmen wir die letzte Bundestagswahl. Hier wurde als ein zentrales Argument die Sicherung der "sozialen und freien Marktwirtschaft" immer wieder breit getreten. Und von der CDU wurde behauptet, daß die SPD diese "freie und soziale Marktwirtschaft abschaffen und den Sozialismus einführen wolle." 4) Hier kann man nur sagen: die CDU hat Köpfchen, denn sie hat erkannt, Daß Kapitalismus und "freie und soziale Marktwirtschaft" zusammengehören und daß man man als staatstragende Partei dieses Prinzip sichern muß.

1) Damit überhaupt erst die Gesellschaft "funktionieren" kann, damit sie "Funktionsgesellschaft" genannt werden kann, damit also von "Grund-daseinsfunktionen" gesprochen werden kann, müssen die Menschen arbeiten, allein aus dem Grund, da sie sonst jämmerlich verhungern würden.

2) Marx/Engels, MEW Bd. 3, S. 20

3) ebda., S. 21

4) Leider können wir diese optimistische Beurteilung der CDU nicht teilen wenn es auch noch so schön wäre, daß die SPD den Sozialismus wolle.

Im Grunde heißt Sicherung der freien Marktwirtschaft doch nichts weiter, als daß die voneinander unabhängigen Privatproduzenten auch unabhängig voneinander produzieren und als solche konkurrieren können, d.h. die Sicherung der freien Konkurrenz.

Nun können wir also schon näher bestimmen, wie im Kapitalismus produziert wird. Einmal, wie oben schon gesagt, unter dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Des weiteren, daß von einander unabhängigen Privatproduzenten unter der Bedingung der Konkurrenz produziert wird, daß also viele Einzelkapitale unabhängig voneinander produzieren und miteinander in Konkurrenz stehen. Die Einzelkapitale stehen aber nicht miteinander in Konkurrenz, weil ihnen das "Konkurrenzprinzip" am meisten Spaß macht oder weil sich die Kapitalistenklasse auf einer Versammlung auf diese Form der Produktion geeinigt hat, sondern weil ihnen der Zweck ihrer Produktion - nämlich die Maximierung des Profits bzw. daß nur wegen des Profits produziert wird - die Konkurrenz aufzwingt.

Schon haben wir ein weiteres Kriterium für die kapitalistische Produktion: a) Produktion im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital b) unabhängige Privatproduzenten produzieren unter der Bedingung der Konkurrenz c) es wird des Profits wegen produziert.

Und das alles dient dazu, das Privateigentum zu erhalten, also last but not least d) im Kapitalismus wird produziert um das Privateigentum zu sichern. Denn würde der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft (bzw. sein Arbeitsvermögen) nicht an den Kapitalisten verkaufen und würde somit nicht kapitalistisch produziert, dann würde das Privateigentum der beiden "Gruppen" (der Lohnarbeiter und der Kapitalisten) flöten gehen. Der Lohnarbeiter könnte sein Privateigentum, die Ware Arbeitskraft, nicht erhalten, weil er keinen Lohn bekäme und der Kapitalist könnte sein Privateigentum, die Produktionsmittel, nicht erhalten, weil er sie nach und nach aufzehren müßte, bis er in der gleichen Lage wäre wie der Lohnarbeiter (dazu kommt noch, daß die Produktionsmittel, auch solange sie nicht genutzt werden, den Weg aller Toten gehen: sie werden zu Staub und Asche, d.h. die Maschinen verrostet).

Der Kapitalismus zeigt also die gleichen Phänomene wie alle Gesellschaften: wenn nicht produziert wird gehen sie ein.

Was hat das Ganze nun mit dem Staat zu tun?

Und nun sagen wir wieder: der Staat hält diese Produktionsverhältnisse aufrecht, d.h. er hält das Ausbeutungsverhältnis von Lohnarbeit und Kapital aufrecht, er hält die Konkurrenz aufrecht, er hält die

Produktion um des Profits willen aufrecht und schließlich hält er damit das Privateigentum aufrecht. Der Staat ist das Instrument des Kapitals, dieses System aufrechtzuerhalten.

Konkret: Würde diese Produktion - wie beschrieben - stattfinden, so wäre ihre Existenzgrundlage im Nu zerstört. Der Kapitalismus wäre am Ende, ehe er überhaupt begonnen hätte.

Würde die Produktion im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital unter den beschriebenen Bedingungen stattfinden, dann wären die Träger der Ware Arbeitskraft, die Lohnarbeiter, bald körperlich und geistig völlig ruiniert, denn der Kapitalist würde versuchen den Arbeitstag bis an seine natürliche Grenze (24 Std.) zu verlängern (siehe als Beispiel die Frühphase des Kapitalismus und den Kampf um den Normalarbeitstag). Das Kapital würde die wichtigste Bedingung seiner Produktion zugrunderichten und somit sich selbst. Wer würde denn die allgemeinen Bedingungen der Produktion wie z.B. Straßenbau, Schulbau, Bildungswesen, Post, Gesundheitswesen, Müllbeseitigung, Umweltschutz, Rechtswesen herstellen?

Die Notwendigkeit der Herstellung dieser allgemeinen Bedingungen (Voraussetzungen) der Produktion, andererseits die Unfähigkeit diese unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen herzustellen, macht es notwendig, daß sich außerhalb der Gesellschaft (außerhalb der Produktion, der Ökonomie) eine scheinbar selbständige Sphäre konstituiert, die nicht unter kapitalistischen Bedingungen die allgemeinen Voraussetzungen für die kapitalistische Produktion schafft.

Dies ist es, was MARX als die Verdopplung von Staat und Gesellschaft bezeichnet bzw. als Besonderung des Staates von der Gesellschaft. Die scheinbar selbständige Sphäre, die notwendig ist, damit kapitalistische Produktion überhaupt stattfindet, ist der bürgerliche Staat.

"So macht der Staat die Konstituierung der in Einzelinteressen zerfallenden Gesellschaft historisch erst möglich gerade auf Grund der Tatsache, daß er ihre Existenzgrundlage sichert (wie Erhaltung der Lohnarbeiterklasse als Ausbeutungsobjekte des Kapitals, Schaffung allgemeiner Produktionsbedingungen, Rechtsverhältnisse), die das Kapital entweder infolge seines durch die Konkurrenz aufgeherrschten Zwangs zur maximalen Kapitalverwertung immer wieder zu destruieren tendiert (vgl. Ausdehnung des Arbeitstags, verschärfte Intensivierung der Arbeit und als Antwort darauf Arbeitsschutzgesetze usw.) oder gar nicht zu erzeugen vermag, da die Erzeugungsbedingungen nicht-kapitalistische Produktion implizieren (wie es auf einen Großteil der allgemeinen materiellen Produktionsbedingungen zutrifft). Der Staat nimmt also Funktionen zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft wahr,

und er kann sie gerade deshalb wahrnehmen, weil er als besondere Institution neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft den Notwendigkeiten der Mehrwertproduktion nicht unterworfen ist, wie das Einzelkapital, und sei es noch so groß." 1)

So, nun haben wir den Braten endlich in der Pfanne und müssen ihn bloß noch festhalten, damit er nicht wieder raushüpft. Der Staat ist also keine unabhängige, freiwillige Vereinigung, er ist bestimmt durch die kapitalistische Art und Weise der Produktion und somit ist er abhängig vom Kapitalverhältnis. Erst jetzt haben wir den kapitalistischen Staat als Klassenstaat abgeleitet - was vorher nur Behauptung war.

Doch wie gesagt: der Braten liegt erst in der Pfanne, gegessen ist er noch nicht. Es könnte ja noch immer einer kommen und sagen: Das ist ja alles schön und gut, ihr habt aufgezeigt, daß der bürgerliche Staat Klassenstaat ist, aber - und hier liegt der Hase im Pfeffer - wieso behandelt dieser Klassenstaat die Menschen denn alle gleich, wie wir anfangs gesehen haben? War euer Braten vielleicht doch ein faules Ei?

Und dieser Einwand ist durchaus berechtigt! Aber die Antwort darauf ist im Grunde schon gegeben mit der Darstellung, daß der Staat die allgemeinen Produktionsbedingungen der Gesellschaft sichert, also letztlich das Privateigentum sichert. Der Staat behandelt die Menschen als das was sie sind, als Privateigentümer. Und als solche sind sie alle gleich - ob Krupp-Manager oder Fließbandarbeiter, ob Kleinbauer oder Axel Springer. Der Arbeiter ist Privateigentümer seiner Ware Arbeitskraft, und der Kapitalist ist Privateigentümer seiner Produktionsmittel.

Als Lohnarbeiter und Kapitalist stehen sie sich in der Produktion gegenüber, und dieses Verhältnis ist konstitutiv als Klassenverhältnis; das was es aber macht, das Kapitalist und Lohnarbeiter sich als freie und gleiche Menschen gegenüberstehen, ist, daß sie freie und gleiche Privateigentümer sind (nicht insofern sie gleichviel besitzen). Jeder kann über sein Privateigentum (das was ihn gleich macht) frei verfügen.²⁾

1)Altvater, 1972 Zu einigen Problemen. . .

2)Das ist es auch, was den Sklaven vom Lohnarbeiter unterscheidet. Ihnen beiden gemeinsam ist, daß sie ausgebeutet werden, d.h. daß ihnen unbezahlte Mehrarbeit abgepresst wird. Der Unterschied ist die Form der Ausbeutung. "So entscheidend es für die Erkenntnis des Werts überhaupt, ihn als bloße Gerinnung von Arbeitszeit, als bloß vergegenständlichte Arbeit, so entscheidend ist es für die Erkenntnis des Mehrwerts, ihn als bloße Gerinnung von Surplusarbeitszeit, als bloße vergegenständlichte Mehrarbeit zu begreifen. Nur die Form, worin diese Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepresst wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen, z.B. die Gesellschaft der Sklaverei, von der der Lohnarbeit."
MEW 23, S. 231

Daß nur diese Freiheit und Gleichheit gemeint sein kann, können wir im bürgerlichen Gesetzbuch nachlesen, wo nur gegen das Privateigentum Recht ausgelegt wird, wenn ein anderes bedroht ist. Die Freiheit besteht darin, das man Privateigentümer ist und sein muß, um zu existieren, und es also auch erhalten muß; und diese Erhaltung des Privateigentums geschieht in der vorher dargestellten Art und Weise der Produktion. Die Freiheit des Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft ist die Freiheit des Privateigentums. Der Mensch kann nur Mensch sein, d.h. leben, indem er Privateigentümer ist; nur als Privateigentümer kann er sich reproduzieren.

"Da das Eigentum der Individuen im Kapitalismus aus ihrer Stellung zur Produktion hervorgeht, besteht ihre Freiheit also gerade darin, sich als die Subjekte zu reproduzieren, zu denen sie die kapitalistische Reproduktion bestimmt: zu Kapitalisten und Lohnarbeitern." 1)

Wenn der Staat die Menschen als Gleiche behandelt, behandelt er sie als Privateigentümer, und als solche sind sie von vornherein kapitalistisch produziert; denn nur im Kapitalismus ist das freie Privateigentum (der Lohnarbeiter als freier Privateigentümer im Gegensatz zu Sklaven und Leibeigenen) die allgemeine Grundlage der Gesellschaft.

"Die Pointe liegt gerade darin, daß das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse ist und innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist. Es ist das Interesse der Privaten; aber dessen Inhalt wie Form und Mittel der Verwirklichung durch von allen unabhängige gesellschaftliche Bedingungen gegeben." 2)

Hier haben wir nun den Staat, der aus einer klassenmäßig betriebenen Produktion entspringt, also Klassenstaat ist, und der gleichzeitig den realen Schein der Gleichheit hervorbringt. Der Staat muß notwendig die Privatinteressen der Individuen wahrnehmen, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft immer darauf richten müssen, sich als Privateigentümer zu erhalten, d.h. konkurrenz- und somit existenzfähig zu bleiben, und die nicht durch Privatkapitalistische Produktion verwirklicht werden können. Indem der Staat von den Lohnarbeitern und Kapitalisten abstrahiert und sie als Gleiche behandelt, schafft er gerade die Voraussetzung, daß die Produktion im Verhältnis Lohnarbeit und Kapital stattfinden kann - schafft er also die Voraussetzung für die Ungleichheit.³⁾

1) Münchener Studentenzeitung (MSZ) Nr. 8, 31.10.1972, Zum Wahlzirkus 72 : 2 Programme - 1 Staat

2) Marx, K., Grundrisse . . . 1971, S. 74

3) Auch R. GEIPEL bemerkt diesen Zwiespalt. Er stellt fest, daß Fahrschüler aus den unteren Sozialschichten stärker benachteiligt...
Fortsetz.nächste S.

ALLGEMEINE PRODUKTIONSBEDINGUNGEN (INFRASTRUKTUR)

Mit der Bestimmung des Staates als Träger der allgemeinen Produktionsbedingungen haben wir im wesentlichen schon das abgeleitet, was die bürgerliche Ökonomie (aber auch z.B. die Geographie) unverstanden als Infrastruktur bezeichnet.

Grob können die Funktionen des Staates, die er in der kapitalistischen Gesellschaft wahrnimmt, wie folgt aufgeteilt werden:

1. Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen;
2. Setzung und Sicherung von allgemeinen Rechtsverhältnissen, in denen sich die Beziehungen der Rechtssubjekte in der kapitalistischen Gesellschaft abspielen;
3. Regelung des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital (das geschieht dann, wenn die Lohnarbeiter sich nicht nur als Rechtssubjekte, sondern als Klasse verstehen);
4. Sicherung der Existenz und Expansion des nationalen Kapitals auf dem kapitalistischen Weltmarkt. 1)

"Alle diese Funktionen sind zwar sozusagen allgemeine Charakteristika des bürgerlichen Staats, aber sie entwickeln sich auf der historischen Grundlage der Kapitalakkumulation." 2)

Was versteht nun die bürgerliche Wissenschaft unter Infrastruktur?

JOCHIMSEN versucht alle möglichen definitionsansätze unter einen Hut zu bringen und kommt zu folgendem Ergebnis:

"Infrastruktur ist die Gesamtheit der materiellen, institutionellen und personellen Einrichtungen und Gegebenheiten, die der arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen und dazu beitragen, daß gleiche Faktorentgelte für gleiche Faktorleistungen (vollständige Integration) bei zweckmäßiger Allokation der Ressourcen (höchst mögliches Niveau der Wirtschaftstätigkeit) gezahlt werden. Mit Infrastruktur werden somit die wachstums-, integrations-, und versorgungsnotwendigen Basisfunktionen einer Gesamtwirtschaft umschrieben." 3)

Fortsetzung von letzter Seite: ... sind. Fahrgeldfreiheit würde aber nicht alle Probleme lösen, denn: "Richtig ist hingegen, daß nur eine gezielte statt einer pauschalen Maßnahme die erhoffte Wirkung erbringen dürfte. Gerade gezielte Maßnahmen, die nur einen bestimmten, in unserem Falle regional und sozial umschriebenen Personenkreis treffen sollen, sind aber bei einer allgemeinverbindlichen gesetzlichen Regelung nicht möglich, weil jeder Staatsbürger vor dem Gesetz gleich ist." (GEIPEL 1965)

1) Altvater, E., 1972, S. 9

2) ebda.

3) Hanwörterbuch für Raumordnung..., Spalte 1318

Einmal ist hier gesagt, daß im Grunde alles Infrastruktur ist, denn alle ökonomischen und politischen Faktoren in der kapitalistischen Gesellschaft hängen miteinander zusammen und jeder Einzelfaktor hängt letztlich von allen anderen ab, so trägt dann auch alles dazu bei, daß gleiche Faktorentgelte für gleiche Faktorleistungen gezahlt werden. Denn der Staat als Infrastrukturträger kann nicht gemeint sein, oder ist er derjenige, der die zweckmäßige Allokation der Ressourcen schafft? Aber was kann zweckmäßige Allokation anderes heißen, als zweckmäßig für die Kapitalverwertung zu sein. Andernfalls müßte es einen anderen Zweck außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geben, aber dann wären wir im Bereich der Religion.

Auch die folgenden Merkmalsfeststellungen über die Infrastruktur zeigen, daß die bürgerlichen Autoren nicht in der Lage sind, Infrastruktur ursächlich zu erklären: ¹⁾

1. MUSGRAVE sieht Infrastruktur durch ein technologisches Moment gekennzeichnet, da "bei der Nutzung der Einrichtung durch ein Individuum, die Nutzung durch ein anderes nicht ausgeschlossen ist (z. B. Straßen, Parkanlagen)". ²⁾

2. BATOR sieht zwar das Versagen des Marktes als Grund, ist aber genauso unfähig dies zu erklären.

"In einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft ist nicht die Gewähr gegeben, daß die infrastrukturelle Ausstattung durch den Markt den Erfordernissen einer arbeitsteiligen Wirtschaft angepaßt wird: Der Markt erweist sich bei den Infrastruktureinrichtungen nicht als geeigneter Allokationsmechanismus. Unteilbarkeit, Interdependenzen, falsche und unvollkommene Informationen der Produzenten und Konsumenten und falsche Zurechnung von Kosten und Erträgen führen zum Versagen des Marktes, d. h. zu Fehlleistungen von Faktoren, die vom höchstmöglichen Niveau abführen." ³⁾

Hier ist das Versagen des Marktes auf Uninformiertheit sowie auf technische und statistische Mängel zurückgeführt. Wie muß das doch die Wissenschaftler wurmen, zwar auf den Mond fliegen zu können, hier auf der Erde aber lächerliche Kosten- und Ertragsrechnungen nicht durchführen zu können.

1) Die bürgerlichen Wissenschaftler sammeln zwar die verschiedensten Merkmale der Infrastruktur und versuchen jeweils von ihrer eigenen Sammlung ausgehend eine Theorie der Infrastruktur zu entwickeln. Doch da die Merkmale äußerlich und notwendigerweise verschieden sind, gelingt es den bürgerlichen Wissenschaftlern nicht, eine einheitliche Theorie ~~zu~~rechtzuzimmern, die zur Erklärung der Realität hinreicht. Es langt höchstens zu einem additiven Zusammenfügen von Einzelerkenntnissen. Der gemeinsamen Grundlage oder dem inneren Band der Merkmale können sie mittels ihrer Methode (Ansetzen an äußerlichen Merkmalen) nicht auf die Spur kommen. 2) Handwörterbuch... S. 1322 3) ebda.

3. STOHLER sagt zwar richtig, daß Infrastruktur durch den Staat getragen wird. Aber wenn er erklären muß, warum dies so ist, bleibt er notwendigerweise bei ähnlichen Aussagen wie BATOR stehen.¹⁾ Alle sind nicht in der Lage²⁾, den Staat und damit die Infrastruktur aus seinen Ursachen zu erklären, und kommen dann, da sie den Staat nicht aus dem Kapitalverhältnis ableiten, in Schwulitäten. Denn wenn der Staat und die Produktion als selbständige Sphären behandelt werden, kann man natürlich dem Staat eine aktive Rolle unterschieben und ihn zum bewußten Planer erklären. Dumm daran ist nur, daß man feststellen muß, daß es mit der Planung doch nicht so richtig hinhaut.

Das frustriert, aber man macht weiter und "plant", was^{als} Entwicklungstendenz ohnehin schon sich anbahnt und nennt es trotzdem Planung. Die Ursache, daß es bisher noch nicht richtig geklappt hat, wird dann in einer mangelhaften Theorie, Technologie, teilweise auch in den Finanzen usw. gesucht.

"Es hat sich gezeigt, daß die Aufgaben der regionalen Strukturpolitik, die zu einem großen Teil Infrastrukturpolitik sein muß, wegen des bisher (1969) unzureichenden institutionellen Rahmens, aber auch wegen der mangelnden finanziellen Ausstattung der Träger der Infrastrukturpolitik, in der Vergangenheit nicht voll gelöst werden konnten."

Wie es mit Bildungsökonomie und Bildungsplanung als Teil der Infrastruktur aussieht, wollen wir im folgenden aufzeigen.

Dazu klären wir zunächst die allgemeine Bestimmung des Ausbildungssektors im Kapitalismus.

1) Handwörterbuch...S.1323

2) Wir wollen damit nicht sagen, daß die bürgerlichen Wissenschaftler nicht in der Lage sind etwas ursächlich zu erklären, weil sie persönlich unfähig seien. Gerade das meinen wir nicht, und das unterscheidet uns auch von den Gruppen, die "Wissenschaft im Dienste des Volkes" oder "Wissenschaft im Dienste der werktätigen Bevölkerung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Wir meinen, daß die Beschränktheit der bürgerlichen Wissenschaft der Nichtidentität von Wesen und Erscheinung geschuldet ist.

Ausbildungssektor und Kapitalismus

Der Zusammenhang von Ausbildungssektor und Produktion wurde Anfang der sechziger Jahre schlagartig deutlich und unterminierte alle bildungsbürgerlichen Vorstellungen von der frei im Raum schwebenden "Bildung".

Wie dieser Bezug des Ausbildungssektors auf die Produktion aussieht, soll jetzt näher (wenn auch verkürzt) geklärt werden.

Im Feudalismus, als der Handwerker noch im Besitz seiner Produktionsmittel war und die Herstellung der Waren noch vom individuellen Geschick und der Handhabung der Arbeitsinstrumente abhing, wurden auch alle Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für die Produktion notwendig waren, im Arbeitsprozeß selbst vermittelt.

Schulen existierten nur vereinzelt, die Ausbildung war uneinheitlich. Mit der Enteignung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der Einführung von objektiven, gleichförmigen Arbeitsmitteln (Maschinen), die den Arbeitern als fremde Macht gegenübertraten, wurde die allgemeine Fähigkeit zu arbeiten entscheidend. Genau wie das Kapital, das flüchtig war, d.h. dort investiert wurde, wo der höchste Profit zu erzielen war und nicht an eine bestimmte Produktion gebunden war, mußte auch die Arbeitskraft flüchtig sein, d.h. mußte dort angewendet werden können, wohin das Kapital floß.

Nun ist das Einzelkapital, das mit anderen Einzelkapitalen in Konkurrenz tritt, aber nur an den speziellen Kenntnissen des Arbeiters interessiert, die es in seinem Produktionsprozeß verwerten kann.

Die allgemeine Qualifikation (wie Lesen, Schreiben, Rechnen usw.) können nun die Einzelkapitale nicht im Produktionsprozeß selbst vermitteln und wollen es auch nicht, da es nicht profitabel ist. Gleichzeitig werden aber die Kenntnisse von den meisten Einzelkapitalen benötigt, d.h. sie sind zur allgemeinen Produktionsvoraussetzung geworden. (Im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung wurden immer mehr Kenntnisse allgemeine Voraussetzung, wie z.B. momentan Englisch.)

Aus der hier angedeuteten Entwicklung sollte klar geworden sein : Im Kapitalismus ist die allgemeine Qualifikation Voraussetzung für die Produktion. Da die Einzelkapitale aber nur an der speziellen Qualifikation des Arbeiters interessiert sind, ergibt sich ein Widerspruch zwischen allgemeiner und besonderer Qualifikation, d.h. die Ausbildung kann nicht von den Einzelkapitalen selber durchgeführt werden. Da die Qualifikation der Arbeitskraft zudem nicht profitabel ist, muß sie vom bürgerlichen Staat übernommen werden. Auch die bürgerlichen Bildungsökonomien müssen sich mit oben beschriebenem Widerspruch befassen :

"Was wir genau wissen, ist lediglich, daß wir in allen Berufen die Fähigkeit benötigen, mit neuen speziellen Aufgaben fertig zu werden, und daß von daher eine sehr viel allgemeinere Grundausbildung als bisher notwendig ist. Eine kurzschlüssig auf die im Augenblick herrschende Praxis bezogene Ausbildung verstärkt langfristig die Rekrutierungsschwierigkeiten der Industrie..." (1)

Und so stellt man sich die Lösung dieses kapitalistisch produzierten Widerspruchs vor :

"Es wird unvermeidlich sein, die große Anzahl der Träger von Weiterbildung auch im Interesse der Koordinierung von Allgemeinbildung und Spezialbildung in einem kooperativen System zusammenzuführen." (2)

Halten wir zusammenfassend fest : Die notwendige Herausnahme der allgemeinen Ausbildung aus der unmittelbaren Produktion bedeutet nicht die völlige Losgelöstheit von der ökonomischen Entwicklung, sondern die Abhebung von den Einzelkapitalen macht die Unterordnung unter das Kapital erst möglich. Die Ausbildung ist also nicht direkt, sondern nur vermittelt auf die Produktion bezogen, wird aber langfristig von dieser bestimmt.

Planung im Kapitalismus

Durch die notwendige Getrenntheit der Ausbildung von der unmittelbaren Produktion im Kapitalismus wird die Illusion möglich, daß die Gesellschaft vom Ausbildungssektor her völlig neu zu strukturieren sei. Sprachbarrieren sollen im Ausbildungsbereich aufgehoben werden, Chancengleichheit hergestellt werden, eine Gesellschaft ohne Klassen und Schichten, wo jeder nur nach seiner Leistung beurteilt wird, soll entstehen. (vgl. BECKER S. 12 und GEIPEL, 1971, S.48, 1. Satz)

In diesem Zusammenhang taucht dann des öfteren das Wort "Planung" auf : Raumplanung, Bildungsplanung, Infrastrukturplanung usw.

Planung wird hierbei aber nicht als gesellschaftliches Prinzip verstanden, sondern bezieht sich nur auf die durch das Beiwort gekennzeichneten Bereiche (z.B. Bildungswesen). Der Produktionsprozeß allerdings bleibt notwendigerweise von der Planung ausgeschlossen, d.h. von der gesellschaftlichen Planung. Denn die Einzelkapitale legen sehr wohl den Produktionsablauf in ihrem Unternehmen fest. Und zwar nach dem Maßstab der maximalen Kapitalverwertung, d.h. das eingesetzte Kapital soll eine möglichst hohe Rendite bringen, soll mehr werden.

Der eben aufgezeigte Widerspruch zwischen der Planung der Produktion durch das Einzelkapital und der nicht vorhandenen auf gesellschaftlicher Ebene hat dann - vermittelt über die Konkurrenz der Einzel-

(1) H. BECKER, 1971, S.25

(2) Ebd. S.52

kapitale - zur Folge, daß prosperierende Standortkonzentrationen auf der anderen Seite unterentwickelte Regionen hervorbringen; und daß, abhängig davon, Bevölkerungszuwanderung in die eine und Bevölkerungsabwanderung aus der anderen Region erfolgt.

Die Lösung dieser Widersprüche soll dann die Raumplanung bringen. Aus der Kapitalverwertung ergibt sich noch ein anderer Aspekt. Um aus eingesetztem Kapital mehr Kapital zu machen, muß ja irgendwo im Produktionsprozeß dieses Mehr an Wert den produzierten Waren zugesetzt werden. Diesen Mehrwert fügt der Arbeiter durch Verausgabung seiner Arbeitskraft hinzu. Von hier wird die Bedeutung der Arbeitskräfte und ihrer Qualifizierung deutlich. Probleme, die sich Anfang der sechziger Jahre durch die Veränderung der Anforderungen an die Arbeitskräfte ergaben, sollte die Bildungsplanung (1) lösen. Es zeigt sich also, daß man aus der Produktionsweise selbst entspringende Widersprüche in den der Produktion vor- und nachgelagerten Bereichen - durch Planung von Teilbereichen - lösen will. Wie diese Notwendigkeit auch noch positiv zur großartigen Leistung gewendet werden kann, dokumentiert R.DAHLENDORF :

"Es ist in der Tat das Merkmal einer modernen freien Gesellschaft, daß sie zwar auf Spielregeln insistiert, aber im übrigen dem Markt, dem freien Spiel der Kräfte vertraut. Moderne Unfreiheit dagegen ist durch den Versuch gekennzeichnet, den Markt durch den Plan, also das Vertrauen auf die Ungewißheit zu ersetzen durch den Anspruch auf Gewißheit... Im Bereich der Bildung jedoch ist nötig, was in dem der Wirtschaft, aber auch dem der Wissenschaft sehr viel weniger nötig ist, nämlich die bewußte Koordination gesetzter Ziele und bekannter Daten, die Planung oder - wenn dieses Wort denn etwas weniger anstößig klingt - die Planifikation." (2) (DAHLENDORF, 1965, S. 141 f)

Bildungsökonomie

Entstehung der Bildungsökonomie

Die Untersuchung des Bildungswesens unter ökonomischen Gesichtspunkten ist nicht in den letzten 20 Jahren völlig neu aufgetaucht, von der Relevanz "geistigen Kapitals" wird seit A.SMITH geschrieben, aber erst in den fünfziger Jahren entwickelt sich eine Spezialdisziplin "Bildungsökonomie".

"Gibt es einen Bildungsvorgang, der nicht auch wirtschaftliche Voraussetzungen hat? Gibt es einen wirtschaftlichen Vorgang, der nicht durch Bildung bedingt?" (3) (F.EDDING, 1963, S. 7)

Wenn F.EDDING unter dieser Fragestellung an die Bildungsökonomie herangeht, erscheint es uns wichtig, darauf hinzuweisen, daß diese

(1) Die bürgerliche Wissenschaft unterscheidet Bildungsforschung, Bildungsplanung und Bildungspolitik. Erstere analysiert die Probleme, Bildungsplanung erarbeitet Vorschläge zur Behebung der Probleme, und die Politiker entscheiden ob, was und wie es realisiert wird. "Die Bildungsplanung hat ihren Platz zwischen der Bildungsforschung und der Bildungspolitik." (DAHLENDORF, 1965, S. 140)

besondere Funktion der Bildung nicht aus unerklärlichen Gründen plötzlich auftaucht, sondern sich aus historisch erklärbaren Entwicklungen als Notwendigkeit erweist, nämlich um den im Kapitalismus unentbehrlichen Zwang zur Kapitalakkumulation zu garantieren. Genügten bisher quantitative Erweiterungen des Produktionspotentials, d.h. extensive Erweiterungen, wie Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern, Verlängerung des Arbeitstages, Kapitalinvestitionen ohne technische Neuerungen, so mußte in den fünfziger Jahren, beginnend in den USA, später auf Westeuropa und Japan übergreifend, die langfristige Sicherung der Profite durch intensive Erweiterung des Produktionspotentials gewährleistet werden. U.a. mußte der Produktionsprozeß rationalisiert werden, technisch verbesserte Maschinen eingesetzt werden und besonders eine höhere Qualifizierung der Arbeitskraft stattfinden. Wenn die Berufsstruktur der BRD noch bis 1960/61 den Verwertungszwängen des Kapitals gerecht wurde, liegt das z.T. an der Möglichkeit der Ausnutzung der Reservearmee, die die Flüchtlinge aus der DDR und den "Ostgebieten" bildeten. Nicht zufällig setzt zu diesem Zeitpunkt die Diskussion über die "Bildungskatastrophe" ein und wird zunehmend von Vertretern der Wirtschaft die "Mobilität der Arbeitnehmer" gefordert.

Das allgemeine Bildungsniveau muß tendenziell erhöht werden, um es für die Entwicklung des Produktionsprozesses fungibler als bisher zu halten.

"Die wahrnehmenden und geistigen Teilfunktionen des produktiven Gesamtarbeiters nehmen eindeutig zu. In den bundesrepublikanischen Eisenhüttenwerken beispielsweise ist die Zahl der technischen Angestellten mit Hochschulabschluß von 1957 bis 1964 um 41,8 %, die der technischen Angestellten mit Ingenieurausbildung um 25,7 % und die der technischen Angestellten mit innerbetrieblicher Zusatzqualifikation um 32,2 % gestiegen."(1)

Es läßt sich also, wie ROTH/KANZOW ausführen, auch eine Verwissenschaftlichung der Zirkulationssphäre des Kapitals feststellen, da die technisch-wissenschaftliche Entwicklung voll übergegriffen hat. Der Bildungsökonomie, entstanden in dieser bestimmten historischen Situation der Entwicklung des Kapitalismus, kommt als Aufgabe zu, die Verwissenschaftlichung der Produktion und "zugleich die zur Realisierung wissenschaftlicher Ergebnisse in der Produktion notwendige entsprechende Qualifikationsstruktur aller Arbeiter" zu regeln.(2)

Bildungsökonomie, zur Infrastruktur zählend und deshalb vom Staat getragen, läßt sich also, weil das externe Kriterium des wirtschaft-

(1) ROTH/KANZOW, 1970, S. 138 f

(2) ALTVATER/HUISKEN, 1971, S. 174

lichen Wachstums zu Grunde liegt, eindeutig als Wissenschaft bezeichnen, die als allgemeine Produktionsvoraussetzung die Herrschaftsverhältnisse unserer Gesellschaft sichert, die dafür sorgen muß, daß die Individuen der Gesellschaft der Wirtschaft angepaßt werden, daß die Ausbildung nicht den Bedürfnissen der Kapitalverwertung hinterherhinkt. Dabei muß sie dem Widerspruch Rechnung tragen, die notwendige Qualifizierung der Arbeitskraft bei möglichst geringer Ausgabe von "toten Kosten" durchzuführen.

Den historischen Zwang zur Entstehung der Bildungsökonomie sehen bürgerliche Bildungsökonomien wie H.J.BODENHÖFER klar.

"Zwei Hauptgründe scheinen für die Entwicklung einer systematischen Beschäftigung mit ökonomischen Aspekten des Bildungswesens maßgeblich. Zum einen ist dies der mit steigenden Ansprüchen an die vom Staat zur Verfügung gestellten Erziehungseinrichtungen wachsende Bedarf öffentlicher Mittel.... Das Bildungswesen nimmt somit in erheblichem und wachsendem Umfang wirtschaftliche, d.h. knappe Mittel in Anspruch, für die alternative Verwendungsmöglichkeiten bestünden."(1)

Allokationen knapper Mittel sind so vorzunehmen, daß das Kosten - Nutzen - Verhältnis der Ausbildung, der Qualifizierung von Arbeitskraft, optimal ist. Hier liegt das Arbeitsfeld der Bildungsökonomie, die die Fragen klären muß:

Wie hängen Stabilität des ökonomischen Systems und profitgarantierendes Wirtschaftswachstum mit der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte zusammen ?

Wie wirken sich Investitionen im Bildungssektor auf das Sozialprodukt aus ?

Wie können und müssen sich die Qualifizierungen den sich verändernden Bedingungen anpassen ? (2)

Ob und wo in das Bildungswesen investiert wird, hängt im entscheidenden Maße von der Perspektive der Profitmaximierung ab. Ausbildung als "investment in human beings", als "humanes" oder immaterielles Kapital bezeichnet, wird für bürgerlich Ökonomen zum wichtigen 3. Faktor neben Arbeit und Kapital als Produktionsfaktor, um den in-put einer Volkswirtschaft zu messen. In der Bildungsplanung konkretisiert sich die Bildungsökonomie und stellt dem Staat Entscheidungsalternativen für die Bildungspolitik vor.

Ansätze der Bildungsplanung

Der individual (social, cultural) demand approach

Dieser Planungsansatz versucht, die notwendigen Sach - und Personalkosten zu ermitteln, die zur Angleichung des Angebots an Aus-

(1) H.J.BODENHÖFER, zit. nach HUISKEN, 1972,S.373

(2) vergl. BECKER/JUNGBLUT, 1972,S.60

bildungsplätzen an die Nachfrage für einen bestimmten Zeitraum notwendig werden. Man geht davon aus, daß die individuellen Wünsche den ökonomischen Erfordernissen entsprechen.

"Glücklicherweise kommt ein echter Gegensatz zwischen individuellen Wünschen und gesellschaftspolitischem Bedarf viel seltener zur Wirkung, als man meinen könnte. Der Mensch ist ein soziales Wesen und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine Mehrzahl von Studenten ein Fach, in dem sie der Gesellschaft nützen und daher auch gut bezahlt werden, attraktiver finden."(1)

So reicht es diesem Ansatz aus, Trends zu extrapolieren, die den zu erwartenden Schul- und Hochschulbesuch meßbar machen wollen, indem sie z.B. Schulbesuchsquoten, Bevölkerungsentwicklungen und Schüler - Lehrer - Relationen als Variable benutzen. Unzulänglichkeit und Oberflächlichkeit dieses Ansatzes werden von den Bildungsökonomern selbst erkannt : Mängel der Vergangenheit werden nicht erklärt und geklärt, sondern einfach übernommen und gehen kritiklos und unverarbeitet in die Planung wieder mit ein.

"Von den Bildungsplanern werden Unterlagen erwartet, die den politischen Anhaltspunkt für Entscheidungen liefern sollen; die Planer aber können nur mit der Projektion des Verhaltens eben dieser Politiker aufwarten."(2)

So beschreibt BAH den Kreis, dem Bildungsplaner, die sich nach diesem angebotsorientierten Modell richten, ausgeliefert sind. Dieses Verfahren, die soziale Nachfrage nach formaler Bildung als Summe individueller Nachfrageakte zu bestimmen, kann als Planungsinstrument nicht benutzt werden. Der Ansatz scheitert am Widerspruch zwischen individuell determinierter Bildungsnachfrage und ökonomisch determiniertem Arbeitsplatzangebot. (Unter diesem Gesichtspunkt könnten hier vielleicht die Artikel 2 und 12 des Grundgesetzes analysiert werden.)

Da dieser Ansatz Bildung nur als Konsum, nicht aber als Investition reflektiert, und damit den Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum kaum berücksichtigt, hat er keine wesentliche politische Relevanz. Um den Bedarf der Wirtschaft direkter zu berücksichtigen, muß die bürgerliche Bildungsökonomie und -planung andere Modelle entwerfen.

Der manpower forecasting approach

Der bedarfsorientierte Planungsansatz geht von der Nachfrage der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften aus, basiert auf der Prognose des zu erwartenden Wirtschaftswachstums. Die Mängel der "blinden" Mechanismen des Bildungs- und Arbeitsmarktes sind erkannt,

(1) OECD - Studie, 1966, zit. nach HUISKEN, 1972, S. 148 f

(2) K. BAHR, 1967, zit. nach HUISKEN, 1972, S. 147

die knappen Ressourcen, die für die Qualifizierung der Arbeitskraft ausgegeben werden, sind so nicht bestmöglich angelegt. Der manpower-Ansatz will zu einer optimalen Faktorenallokation beitragen, in der die Qualifikation eindeutiger als "produziertes Produktionsmittel" zu bezeichnen ist. Dabei soll vermieden werden, daß Arbeitskräfte unter- oder überlastet eingesetzt werden, was ja out-put Verluste im Produktionssystem bedeutete.

In seiner "Theorie der Bildungsplanung" beschreibt H. RIESE den Ansatz, der aus einer Folge von 9 Schritten besteht.

1. Schätzung der Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts.
2. Die Nettoproduktionswerte der einzelnen Wirtschaftssektoren werden abgeschätzt.
3. Für die einzelnen Sektoren wird die Arbeitsproduktivität, d.h. der quantitative Anteil des Faktors Arbeit an der Produktivitätsentwicklung, geschätzt.
4. Innerhalb der einzelnen Sektoren werden die verschiedenen Berufsklassen der Beschäftigten ermittelt, d.h. die Anzahl und die jeweiligen Anteile der in einem Wirtschaftssektor vorkommenden Berufe (Berufsklassenstruktur).
5. Die Aufaddierung der Berufe pro Sektor ergibt den Gesamtbedarf von Arbeitskräften je Beruf.
6. Für jeden Beruf wird die erforderliche Qualifikation nach Ausbildungsdauer, Ausbildungsart, Fachrichtung usw. ermittelt.
7. Die Addition der je Fachrichtung geforderten Arbeitskräfte ergibt den Gesamtbedarf einer bestimmten Fachrichtung.
8. Die Anforderungen an das Bildungswesen werden ermittelt, indem die gesamte Bestandsänderung an Arbeitskräften in dem prognostizierten Zeitraum um die Ersatznachfrage (d.h. zuzüglich der Anzahl der indem Zeitraum aus dem Arbeitsprozeß ausscheidenden Arbeitskräfte) aufgeschlüsselt nach Fachrichtung, Bildungsdauer usw. ergänzt wird.
9. Da jedoch nicht alle Ausgebildeten ins Erwerbsleben eintreten, müssen die Erwerbsquoten abgeschätzt werden. Die Division der Bestandsänderung zuzüglich der Ersatznachfrage durch die Erwerbsquote ergibt dann den totalen Bedarf an Ausgebildeten einer bestimmten Fachrichtung und Ausbildungsdauer für den jeweiligen Zeitraum."(1)

In diesen neun Schritten wird versucht, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu quantifizieren und aus den prognostizierten Daten Zielwerte für bildungspolitische Entscheidungen abzuleiten. Der Ableitungszusammenhang erscheint zwar stringent, doch erweist sich der manpower-Ansatz in dieser Form als statisch, denn es wird eine konstante Produktionsweise vorausgesetzt. Der Kapitalismus, in dem Bedarf und Bestand von Arbeitskräften nicht voraussehbar sind, setzt der Bildungsplanung hier die Schranken. Wieder muß, um dem Problem der Statik zu umgehen, ein Trendfaktor eingeführt werden, der nach HEGELHEIMER, "langfristig erforderlichen Veränderungen der Berufs-

(1) H. Riese, 1968, zit. nach HUISKEN, 1972, S. 153 f

und Fachrichtungsstruktur der Arbeitskräfte durch den technischen Fortschritt" Rechnung trägt.(1) Diese notwendig langfristige Vorausschau der technisch-ökonomischen Entwicklung ist der Hasenfuß des Ansatzes, denn für derartige Zeiträume können in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Prinzip kurzfristige Profitmaximierung ist, unmöglich verbindliche globale (um so weniger sektorale) Wachstumsraten angegeben werden.

"Allzulange Prognosefristen sind angesichts der vielen Variablen, die sich zudem unter dem Einfluß mannigfacher Faktoren verschiedenen rasch verändern, nicht haltbar."(2)

Weiterentwicklung der Ansätze

Da die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten der bisher besprochenen Modelle allgemein erkannt werden, sehen sich die Bildungsökonominnen und -planer gezwungen, neue Ansätze zu entwerfen, bzw. bisherige Ansätze weiterzuentwickeln. E.v.WEIZSÄCKER glaubt, die Marktmechanismen des Arbeitsmarktes regeln das Ausbildungswesen allein und stellt deshalb ein Baukastenmodell vor. In Studienbausteinen sollen einzelne Studienelemente beliebig aneinandergesetzt werden können. Die Ausbildung, z.T. ins Kontaktstudium verlegt, kann so besser an die Arbeitskraftnachfrage angepaßt werden. Der Tauschwert der Ware Arbeitskraft tritt hier besonders deutlich in den Vordergrund. Der Preis der Arbeitskraft bestimmt direkter die Ausbildung, der sich Auszubildende verkauft sich so gut wie möglich und er erhält nach diesem Modell die Möglichkeit, seine Ausbildung kurzfristig abzubrechen, wenn bei einer größeren Nachfrage der Wirtschaft der Preis seiner Arbeitskraft steigt. Der Nachteil dieses Ansatzes liegt in der von sich aus notwendigen Langfristigkeit der Ausbildung, besonders von Hochqualifizierten, und in der Schwierigkeit, daß auch die Preise der bereits in der Produktion stehenden Arbeitskräfte erhöht werden müssen, wenn Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt durch hohe Löhne angelockt werden sollen.(HEGELHEIMER)

WIDMAIER versucht als Lösungsweg die bisher beschriebenen Ansätze zu verbinden und entwickelt das kombinierte Angebots- und Nachfragemodell. Beide Ansätze werden beibehalten, nebeneinander durchgeführt und zum Schluß bilanziert. Diese Methode soll Gerechtigkeit durch Chancengleichheit, Sicherheit (des Arbeitsplatzes) durch Bedarfsdeckung und Fortschritt durch Anhebung des Bildungsniveaus garantieren. (15% statt 8% des Altersjahrgangs mit Abitur = Fortschritt und Gerechtigkeit ????) Bei der Konkretisierung der allgemeinen

(1) A.HEGELHEIMER, 1970, zit.nach Kapitalistische Hochschulreform, 1972
(2) SCHORP, 1971, in:Forschungsberichte, wie GEIPEL, 1971

Ziele treten als wichtigste Kriterien Gleichheit und Effizienz auf, Gleichheit der Bildungschancen und technologische sowie wirtschaftliche Effizienz. Auch dieser Ansatz endet da und scheitert daran, daß der Ausbildung, die jeden solange fördert, wie öffentliche Mittel dafür zur Verfügung stehen, von der wirtschaftlichen Effizienz, d.h. der in allen Modellen auftretenden optimalen Allokation knapper Mittel, die Grenzen gesetzt werden. Trotzdem geht WIDMAIER von der Illusion aus, Bildungsplanung könne zu einer Änderung wirtschaftspolitischer Ziele führen.

Ihren neuesten Trend hat die Bildungsplanung in der Curriculum - Forschung. Wie ein Zauberwort erscheint der Begriff Curriculum in pädagogischen Veröffentlichungen seit einigen Jahren immer häufiger, besonders seit S.B. JOBINSON in seiner "Bildungsreform als Revision Curriculums" zum ersten Mal 1967 in der BRD ein Modell der Curriculum-Revision erarbeitet. "Fortschrittliche" Erziehungswissenschaftler, die gleichzeitig "moderner" Wissenschaftstheorie genügen wollen und nach Problemen gesellschaftspolitischer Relevanz suchen, sehen neben dem Beitrag der Unterrichtstechnologie den "Beitrag der Curriculumentwicklung hingegen in der Forderung nach kritischer Reflexion des Entscheidungs- und Begründungszusammenhangs in dem Lernziele jeweils stehen."(1)

Die Curricula, die auch die Geographen beschäftigen (sh. Beiheft der Geographischen Rundschau Juni 1971) und G. GEIPEL scheinbar ein neues Arbeitsfeld bieten, sollen aussagen, "welche Bildungsziele die Gesellschaft verwirklichen möchte und welche Wege zu ihnen führen."(2)

Die Curriculum-Forschung hat qualifikationserzeugende Lehr- und Lernprozesse (Ziele, Inhalte, Methoden, Organisationsformen, Kontrolle) zu planen und diese Planung zu rationalisieren. K.F. FEY beschreibt den Begriff Curriculum.

"Das Curriculum ist die Darstellung des Unterrichts über einen bestimmten Zeitraum als konsistentes System mit mehreren Bereichen zum Zwecke der Planung, der optimalen Realisierung und Erfolgskontrolle des Unterrichts. Hinter dieser Umschreibung steht die Annahme, daß das Curriculum in irgendeiner Weise in einer Theorie erfaßt werden kann, und daß das Curriculum als Instrument fungiert."(3)

Es scheint uns sinnlos, in der Curriculum-Forschung ein Konzept zu sehen, mit deren Hilfe die "Erziehung" zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse beiträgt, vielmehr sind wir der Meinung, das Curriculum-Forschung zur Qualifikationsplanung und damit zur Sicherung bestehender Verhältnisse eingesetzt wird.(4)

(1) K.H. FLECHSIG u.a., 1970, zit. nach HUISKEN, 1972, S. 106

(2) DEUTSCHER BILDUNGS RAT, 1970, S. 58

(3) K.F. FEY, 1970, zit. nach BECKE/JUNGBLUT, 1972, S. 177

(4) Wir bitten, uns Arbeitsergebnisse über "Cu-Fo" als Anregung zu senden

Regionale Bildungsplanung

Chancengleichheit im Bildungswesen (und eben nur da) ist eine der Grundforderungen der Bildungspolitik. Für die Bildungsplanung leitet sich daraus nicht nur die Beschäftigung mit der quantitativen Seite des Problems ab (Schülerzahlen, Abiturientenzahlen, usw.), sondern ist gleichzeitig ausgerichtet auf Sozialisations- und Lern-Prozesse, Aufbau des gesamten Ausbildungssektors, Curriculum-Forschung usw.

Ein Teilbereich ist die Festlegung der Standorte von Ausbildungseinrichtungen. Und genau diesen Teilbereich möchte sich gern die Geographie als "regionale Bildungsplanung" unter den Nagel reißen. (vgl. GEIPEL, 1965, S. 11)

Daraus ergeben sich zwei Folgerungen: Einmal ist die Geographie das letzte Glied in der Kette der Bildungsplanung, in dem sie die Vorstellungen der Bildungsökonomien hinsichtlich Mittelverteilung, Schulkonzeption etc. lediglich regional umsetzt.

"Über die Verteilung nach Art und Kapazität des Angebots an allgemeinen und beruflichen Schul- und Ausbildungseinrichtungen erfolgt letztlich die Konkretisierung übergeordneter allgemeiner bildungspolitischer Zielsetzungen in bestimmten räumlichen Einheiten. Insoweit werden durch die regionale Bildungsplanung in regionalen Einheiten gesamtstaatliche Ziele verwirklicht." (1)

Zum zweiten möchte die Geographie ihre Notwendigkeit, ihre Relevanz für die Planung nachweisen, zumal sie als Schulfach immer mehr unter Gemeinschaftskunde oder - wie in den neuesten Rahmenrichtlinien in Hessen - unter Gesellschaftslehre subsumiert wird. Da versteht man schon die krampfhaftige Suche nach "typisch geographischen" in der Realität. Von hier aus werden auch die Anbieterungsversuche an staatliche Stellen verständlich: so, wenn z.B. GEIPEL die Abgrenzung von Sozialräumen als Aufgabe der angewandten Geographie bezeichnet, als Forschungsfeld "auf dem die geographischen Wissenschaften gerade den hier so kritisch betrachtenden Kultusverwaltungen die Notwendigkeit und Effektivität geographischer Arbeitsmethoden vorexerzieren können." (2)

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht nützlich, GEIPELS Standort (und den der regionalen Bildungsplanung) innerhalb der bürgerlichen Bildungsökonomie kurz zu beleuchten.

Der häufige Bezug auf die Herstellung von optimalen Ausbildungsbedingungen für alle Bürger und das "Bürgerrecht auf Bildung" verweisen auf das angebotsorientierte Modell, das nur die operatio-

(1) Handwörterbuch für Raumforschung, Stichwort: Regionale Bildungsplanung

(2) R. GEIPEL, 1966, S. 452

nalisierte Form jener politischer Forderung ist. (sh. individual demand approach)

regionales Studentenaufkommen, Abiturientendichte, Zugang zu Gymnasien, sowie Bildungsvorstellungen der Eltern, deren regionale Verteilung untersucht wird, machen deutlich, daß die Ausbildung und das Bildungsverhalten selbst Ansatzpunkt für die geographischen Untersuchungen ist.

Zwar wird im Handwörterbuch der Raumforschung darauf hingewiesen, daß man vom Bedarfsansatz ausgehen muß, doch gerät man in ein Dilemma:

"Wenngleich der man-power approach explizit dem Grundrecht auf einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz den Vorrang gegenüber dem "Bürgerrecht auf Bildung" einräumt, so vermag er doch selbst diesem Postulat nicht gerecht zu werden."(1)

d.h. "das Problem der quantitativen Ableitung und Vorausschätzung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften ist jedoch bislang ungelöst."(2)

Dies ist jedoch kein Mangel in der Methode, sondern liegt an der ökonomischen Struktur dieser Gesellschaft.

Denn die konkurrierenden Einzelkapitale fragen nur Arbeitskräfte nach, die ihren speziellen Qualifikationsanforderungen entsprechen. (Firma Keemtsma: "Bei der Einstellungsquote für Akademiker orientieren wir uns ausschließlich am Bedarf unseres Unternehmens."(3))

Wieviele Arbeitskräfte aber benötigt werden, liegt nicht im Ermessen der einzelnen Unternehmen, sondern wird ihnen von der nationalen und internationalen Konkurrenz aufgeherrscht. Da aber die Kapitalakkumulation zyklisch erfolgt, ist auch "eine längerfristige Personalplanung nicht möglich".(4)

"Sicherheit der Arbeitsplätze kann nur gewährleistet werden, wenn Investitionen mit denen der internationalen Konkurrenz Schritt halten."(5)

"Auch in unseren Werken mußte die Belegschaft der veränderten Produktion angepaßt werden, So verringerte sich die Gesamtbelegschaft bei der Klöckner - Werke AG um rund 1200."(6)

(1) F.HUISKEN, 1972, S.156

(2) Handwörterbuch für Raumforschung, Spalte 2594

(3) BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, 1972, S.15

(4) vgl. ebda. S.14 ff

(5) KLÖCKNER - WERKE, 1970/71, S.20

(6) ebda. S. 23

Bei den - noch ziemlich spärlichen - sozialgeographischen Untersuchungen zur Bildungsplanung (insbesondere von R. GEIPEL) zeigt sich jedoch, daß fast ausschließlich der erste Ansatz praktisch berücksichtigt wird. Das bedeutet auch innerhalb der Bildungsökonomie ein Hinterherhinken, da diese inzwischen weitere Entwicklungen durchgemacht hat. Daß dieser Phasenverzug noch nicht zu völliger Fehleinschätzung führte, liegt an der notwendigen Allgemeinheit der Ausbildung.

Doch führen diese Unterschiede im Ansatz zu Widersprüchen innerhalb der Bildungsgeographie. Geht z.B. R. GEIPEL einerseits davon aus, daß man die Bildung in bestimmten Räumen nur zu verbessern brauchte, damit dort wieder ökonomische Entwicklungen in Gang kommen, also aus einem Passiv- wieder ein Aktivraum wird (siehe R. GEIPEL, 1971, S. 47, 55, 59, 60) oder beschreibt er das Bildungsverhalten als quasi autonom (siehe ebda. S. 50, 52, 59, 60) ohne zu berücksichtigen, daß ja auch schon das Einzel- oder Privatinteresse schon gesellschaftlich bestimmt ist, so wird er andererseits dazu gezwungen, anzuerkennen, daß eben dies nicht ausreicht, um die "heile Welt" wieder herzustellen. So fordert er die enge Verflechtung der regionalen Bildungsplanung mit der Raumordnung und leitet das scheinbar logisch aus der Annahme ab, daß das Bildungs- als Teil der Infrastruktur "langfristig durch seinen Einfluß auf die Qualität des Arbeitskräftepotentials die Entwicklungschancen einer Region entscheidend" mitbestimmt. (1)

Doch scheint uns diese Notwendigkeit der Verknüpfung von Bildungsplanung und Raumordnung eher daraus hervorzugehen, daß das Bildungsangebot und die Bildungsnachfrage, die die Sozialgeographie näher untersucht, mit der ökonomischen Entwicklung in Zusammenhang gebracht werden muß. Und so wird an der Oberfläche wieder zusammengefügt, was zwar - wie oben schon erläutert - die Kapitalverwertung zur gemeinsamen Grundlage hat, dieser Zusammenhang aber von den Sozialgeographen nicht begriffen ist, da die unmittelbare Produktion ohnehin von der Planung ausgeschlossen bleiben muß. (2)

(1) Handwörterbuch der Raumforschung, Spalte 2587

(2) Anm. :Marx über einen bürgerlichen Wissenschaftler:
"SEIN TIEFSINN BESTEHT HIER WIE IMMER DARIN, DIE STAUBWOLKEN DER OBERFLÄCHE ZU SEHEN UND DIES STAUBIGE ANMASSLICH ALS ETWAS GEHEIMNISVOLLES UND BEDEUTENDES AUSZUSPRECHEN." (Kapital, Bd.3, S.369)

ZUR GEOGRAPHIE DES BILDUNGSWESENS UND R. GEIPEL

GEIPELs Untersuchungen zur Geographie des Bildungswesens setzen an beim Bildungsverhalten der Individuen oder Gruppen, also bei subjektiven Entscheidungen, die sich räumlich niederschlagen.

"Dabei wird es darum gehen, das unterschiedliche Bildungsverhalten von Bevölkerungsgruppen als einen Teil des allgemeinen Sozialverhaltens zu erkennen, es räumlich zu begrenzen und es mit zur Bestimmung von "Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens" zu benutzen." 1)

Wie die Sozialstruktur und damit das Sozialverhalten mit der ökonomischen Struktur verknüpft ist, führt GEIPEL nirgends explizit aus, obwohl er die Zusammenarbeit von Bildungsplanung und Raumordnung immer wieder betont. Dadurch erscheint auch das Bildungsverhalten in seinen Untersuchungen nur als Summe von einzelnen Willensakten, zwar irgendwie durch die Sozialgruppe beeinflusst, aber letztlich doch durch persönliches Verhalten bedingt und ist somit auch individuell korrigierbar, z.B. durch Elternberatung. Das entspricht methodisch der Reaktionskette à la SCHAFFER, der die Veränderung von Verhaltensweisen und schließlich von sozialgeographischen Raumstrukturen ebenfalls in der Veränderung von Wertvorstellungen begründet sieht (vgl. THOMALE, 1972, S. 221).

Daß Ideen nicht frei im Raum umherschweben, sondern auf einer materiellen Grundlage entstehen, die unabhängig vom Willen - also objektiv - vorgegeben ist, muß diesem idealistischen Ansatz entgegen.

"Nun ist aber das Bildungsverhalten dem Wirtschaftsgeist, dem Konsumverhalten oder dem Wählerwillen strukturell verwandt... Sie alle erhalten ihre Antriebe von den Kompaßnadel-Ausschlägen innermenschlicher Wertungs- und Lenkungssysteme. Wie individuell auch immer diese Ausschläge scheinbar erfolgen mögen, nach dem Gesetz der großen Zahl stellen sich doch gewisse Haupt-Himmelsrichtungen heraus, wie sie am drastischsten und häufigsten am Wählerverhalten abzulesen sind." 2)

An dieser Stelle sind GEIPEL und SCHAFFER dem gleichen Ansatz zuzurechnen, dem prozessualen. Dazu kommt nämlich noch, daß auch GEIPEL von den Grunddaseinsfunktionen ausgeht.

Das oben auf dieser Seite angeführte Zitat verweist auf den sozialräumlichen Ansatz ebenso wie GEIPELs Arbeit "Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens.

1) GEIPEL, 1968 a, S. 155

2) GEIPEL, 1968 b, S. 156

Daß dieselbe Arbeit (GEIPEL, 1965) sich jedoch auch mit entsprechender Vorwort und dem Hinweis auf die Grunddaseinsfunktion 'sich bilden' dem prozessualen Ansatz zuschreiben ließe, läßt aufmerken. Denn zu Ende gedacht würde es bedeuten, daß zwei verschiedene Ansätze - sozialräumlicher und prozessualer - mit gleichen Vorgehensweisen zu gleichen Ergebnissen kommen, also austauschbar sind.

In dieser Allgemeinheit ist die Aussage sicherlich nicht zutreffend, da der prozessuale Ansatz insofern eine Weiterentwicklung darstellt, daß räumliche Strukturen nicht nur deskriptiv behandelt, sondern auch deren Entwicklung wiedergegeben werden soll. Insofern ein 'Fortschritt'.¹⁾

Doch auf GEIPEL scheint obige Feststellung zuzutreffen. Er läßt sich mit seinen Arbeiten zur Bildungsgeographie beiden Ansätzen beliebig zuordnen. Und zwar aus folgendem Grund: GEIPEL geht aus vom Bildungsverhalten, befaßt sich also nolens volens mit den 'Trägern räumlicher Prozesse', während er gleichzeitig die räumliche Struktur des Bildungswesens zu erfassen versucht. Wenn also GEIPEL in neueren Arbeiten mit dem Hinweis auf die Grunddaseinsfunktionen beginnt, wird eine methodische Weiterentwicklung vorgetäuscht, die nicht stattgefunden hat. Denn der Ansatzpunkt GEIPELS ist das Wollen des Einzelnen, die Bildungswilligkeit, wobei immer nur implizit sichtbar wird, wie sich dieser Wille in einem ganz bestimmten Rahmen bewegt.

Wenn wir GEIPELS jüngere Arbeiten nun einmal als dem prozessualen Ansatz adäquat annehmen, müssen wir unsere Kritik anders ansetzen.

Der Fortschritt des prozessualen Ansatzes liegt laut Selbstverständnis in der prozeßhaften Erfassung der 'Grunddaseinsfunktionen'. Und hier schon ist die Widersprüchlichkeit dieses Ansatzes sichtbar. Denn auf der einen Seite will man räumliche Prozesse, räumlichen Wandel untersuchen. Zugleich werden aber die Funktionen arbeiten, wohnen usw. gleichrangig nebeneinandergestellt. Damit erfolgt nicht nur eine Abstraktion von der historischen Entwicklung der Funktionen selbst und ihren qualitativen Unterschieden. Gleichzeitig werden sie als 'Grunddaseinsfunktionen' nach rückwärts verlängert, werden in ihrer kapitalistischen Form als immer schon notwendige gefaßt, als überzeitliche Kategorien, deren Wechselbeziehungen untereinander zudem ungeklärt bleiben.

1) Fortschrittlichkeit kann nicht als Kategorie dienen, solange nicht bestimmt ist, woran diese gemessen wird. So betrachten sich z.B. heute Anhänger der DKP, der SPD oder CDU gleichermaßen als fortschrittlich.

Ein Beispiel ist R. GEIPEL, 1971, der sich in seinem Aufsatz auf die Charta von Athen bezieht. Es macht ihn offenbar gar nicht stutzig, daß die Funktion 'sich bilden' darin noch gar nicht enthalten ist.¹⁾ Folgerichtig begründet er das späte Interesse an der Bildung mit dem Hinweis, daß sie wichtiger geworden ist. Warum sie aber wichtiger geworden ist, bleibt unbegriffen ebenso wie die Tatsache, daß der Ausbildungssektor sich ja erst mit der Entwicklung des Kapitalismus von der unmittelbaren Produktion abgetrennt hat. (vgl. Abschnitt über Ausbildungssektor und Kap.). Im Feudalismus konnte also ein Interesse an Ausbildung als getrennter Funktion noch nicht vorhanden sein, da sie ja in der Produktion selbst erfolgte.²⁾

Da bei den bürgerlichen Geographen aber nur empirische Untersuchungen nicht 'ideologiebefrachtet' sind (GEIPEL, 1968a), sieht auch GEIPEL Erscheinungen wie Bildungsangebot, Bildungsnachfrage nicht als kapitalistisch produzierte an, sondern als Tatsachen an sich. Dabei ergeben sich neue Widersprüchlichkeiten.

Auf der einen Seite möchte GEIPEL die Geographie sehr gern an 'Staatsaufgaben' mitwirken sehen, da die räumliche Komponente bei der Bildungsplanung zu wenig berücksichtigt wird, auf der anderen Seite pfeift er auf den Versuch der Bildungsökonomien, den gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften mit der Ausbildung in Einklang zu bringen und geht vom Individuum oder den zu Gruppen addierten Individuen aus. GEIPEL untersucht folgerichtig den Bildungskonsum, die subjektiven Ansprüche der Einzelnen, während die Bildungsökonomien gerade dies ausklammern und die 'Bildung als Investition' quantifizieren möchten. Abermals läßt sich GEIPEL dem individual demand approach (siehe diesen) zuordnen.

Nun ist es durchaus denkbar, daß GEIPEL auch seinen Ansatz weiterentwickelt und ausgeht von dem regional differenzierten Bedarf der einzelnen Unternehmen an Arbeitskräften und dies verbindet mit der Analyse des Bildungswesens sowie Ansprüchen der sozialen Gruppen. Dann wäre in etwa der jetzige Stand der Bildungsökonomie erreicht. Deren Beschränkung haben wir schon aufgezeigt.

Auf die Untersuchung von Leerformeln bei GEIPEL wie "Funktionsgesellschaft unserer Tage", "Massendemokratie" (GEIPEL, 1971, S. 47ff) haben wir hier verzichtet.

1) In These 77 werden nur die Funktionen wohnen, arbeiten, sich erholen (in der Freizeit), sich bewegen genannt. nach Hanwörterbuch... "Charta von Athen"

2) Auch Wohn- und Arbeitsplatz haben sich erst mit Entwicklung des Kapitalismus zu räumlich getrennten Funktionen herausgebildet.

LITERATURLISTE

- ALTVATER, E., Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus,
in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 3, Westberlin 1972
- ALTVATER, E./HUISKEN, F., Materialien zur politischen Ökonomie des
AB-Bildungssektors, Erlangen 1971
- BECKER, H., Bildungsforschung und Bildungsplanung, FfM 1971
- BECKER/JUNGBLUT, Strategien der Bildungsproduktion, FfM 1972
- BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, Analysen, 12/1972
- DAHRENDORF, R., Bildung ist Bürgerrecht, Bramsche/Osnabrück 1965
- DEUTSCHER BILDUNGSRAT, Strukturplan für das Bildungswesen, Bonn 1970
- EDDING, F., Ökonomie des Bildungswesens - Lehren und Lernen als
Haushalt und als Investition, Freiburg 1963
- ENGELS, F., Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates,
Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1968
- GEIPEL, R., Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens, FfM 1965
- GEIPEL, R., Angewandte Geographie auf dem Feld der Bildungsplanung,
Verhandlgen. d. dt. Geogr. tages, Bochum 35, 1966
- GEIPEL, R., (a), Zusammenhänge zwischen Bildungsplanung und Raum-
ordnung, in: GEW, Raumordnung und Bildungspolitik, FfM 1968
- GEIPEL, R., (b), Der Standort der Geographie des Bildungswesens
innerhalb der Sozialgeographie in: Münchener Studien zur
Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 4, Regensburg 1968
- GEIPEL, R., Die räumliche Differenzierung des Bildungsverhaltens
in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für
Raumforschung und Landesplanung, Bd. 61, Hannover 1971
- HUISKEN, F., Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie
München 1972
- KLÖCKNER'WERKE AG, Bericht über das Geschäftsjahr 1970/71
- MARX, K., Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, FfM 1971
- MARX, K., Kapital I, Berlin 1969
- MEW, Bd. 3, Berlin 1969
- MARXISTISCHE GRUPPE ERLANGEN, Kapitalistische Hochschulreform,
Erlangen 1972
- MASUCH, M., Politische Ökonomie der Ausbildung, Reinbek 1972
- MÜNCHENER STUDENTEN ZEITUNG, Nr. 8, Zum Wahlzirkus 72
- ROBINSON, S. B., Bildungsreform als Revision des Curriculums,
Neuwied/Berlin 1967
- ROTH/KANZOW, Unwissen als Ohnmacht, Berlin 1970
- THOMALE, E., Sozialgeographie, Marburg 1972

Frank Giesen

BÜRGERLICHER STAAT UND INFRASTRUKTUR

1. Vorwort

Diese Arbeit stellt von unserer Seite einen ersten allgemeinen Versuch dar, über die Entstehung des Staates und seiner historischen Entwicklung zu einer Analyse der heutigen Funktion und der damit verbundenen Aufgaben des bürgerlichen Staates, also was man weitgefaßt als Infrastruktur bezeichnet, zu kommen.

Dieser Anspruch impliziert, daß sich nicht mit speziellen Problemen wie z.B. Raumordnung oder Städtebau, d.h. mit konkreten Versuchen kapitalistischer "Planung", beschäftigt werden soll, sondern es ist intendiert, mit dieser Arbeit erste allgemeine Voraussetzungen für die Analyse und Einordnung staatlicher Maßnahmen bei speziellen Problemen zu schaffen.

Diese Arbeit gibt in etwa den Diskussionsstand von Anfang 1972 wieder. Wir meinen sie dennoch in dieser Nummer veröffentlichen zu können, da sie nach unserer Ansicht einen, wenn auch relativ oberflächlichen, Einstieg in die Problematik der Infrastruktur, bzw. des Verhältnisses von Staat und Infrastruktur ermöglicht. So besitzen unsere Einschätzungen von Staat und Einzelkapitalen in Bezug auf infrastrukturelle Einrichtungen lediglich Thesencharakter. Dies gilt in besonderem Maße für die Behauptung, daß Einzelkapitale aufgrund sich verschärfender Verwertungsschwierigkeiten die profitablen Bereiche der Infrastruktur zu okkupieren versuchen und dadurch in einen tendenziellen Interessengegensatz zum bürgerlichen Staat geraten müssen.

Wir werden in Zukunft über dieses Thema intensiv weiterarbeiten, da es unserer Meinung nach von größter Wichtigkeit ist, z.B. auch für eine sozialistische Hochschulpolitik.

2. Die Notwendigkeit der Entstehung des Staates

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte einher geht die Entwicklung der Teilung der Arbeit, bzw. die Teilung der Arbeit ist ihrerseits wieder Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Sind diese und der korrespondierende Grad der Teilung der Arbeit an einem Punkt angelangt, der es ermöglicht so viel zu produzieren, daß ein Teil der Gesellschaft sich nicht mehr unmittelbar an der Produktion des zum Lebensunterhalt notwendigen Maßes an Lebensmitteln beteiligen muß, ist die Voraussetzung zur Herausbildung von Privateigentum gegeben. Die Existenz dieses privaten Eigentums an Produktionsmitteln teilt die Gesellschaft in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Klassen,

in Besitzende und Nichtbesitzende.

"Eine solche Gesellschaft konnte nur bestehen entweder in fortwährendem offenem Kampf dieser Klassen gegeneinander oder aber unter der Herrschaft einer dritten Macht, die, scheinbar über den widerstreitenden stehend, ihren offenen Konflikt niederdrückte und den Klassenkampf höchstens auf ökonomischem Gebiet, in sogenannter gesetzlicher Form, sich ausfechten ließ. Die Gentilverfassung hatte ausgelebt. Sie war gesprengt durch die Teilung der Arbeit, und das Ergebnis, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Sie wurde ersetzt durch den Staat." (1, S. 292)

Der Staat, von dem Engels hier spricht, ist der Staat in der Sklavenhaltergesellschaft, einer Gesellschaft, die als erste auf der Basis des allerdings noch gemeinschaftlichen Privateigentums existierte. Er mußte entstehen, weil sich hier erstmals in der Geschichte zwei antagonistische Klassen, Bürger bzw. Sklavenhalter und Sklaven, gegenüberstanden.

"Erst als die erste Form der Teilung der Gesellschaft in Klassen, als die Sklaverei aufkam, als es einer gewissen Klasse von Menschen, die sich auf die größten Formen der landwirtschaftlichen Arbeit konzentriert hatte, möglich wurde, einen gewissen Überschuß zu produzieren, als dieser Überschuß für die allerarmseligste Existenz der Sklaven nicht mehr absolut notwendig war und in die Hände des Sklavenhalters fielen, als sich auf diese Weise die Existenz dieser Klasse von Sklavenhaltern festigte und damit sie sich festigte, wurde das Entstehen des Staates zur Notwendigkeit." (2, S. 14)

Es kann also keine Rede davon sein, daß der Staat eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht (Engels) sei.

"Staatliche und ähnliche Institutionen entspringen... in tiefster Hinsicht der sozial-ökonomischen Notwendigkeit, genauer: dem objektiven Bedürfnis der herrschenden Klassen nach einem Instrument, der Staatsmacht nämlich, zur Garantie ihrer ökonomischen Interessen gegenüber der gesamten übrigen Gesellschaft, insbesondere gegenüber den arbeitenden, auszubeutenden Klassen." (3, S. 90)

Ursprünglich, und an dieser Grundfunktion kann sich solange nichts ändern, wie es Klassen gibt, hat der Staat also die Funktion, die jeweiligen Produktionsverhältnisse zu garantieren, die jene der herrschenden, besitzenden Klasse gegenüber der nichtbesitzenden, ausgebeuteten darstellen. Oder anders gesagt: Die Aufgabe jedes Staates besteht darin, die allgemeinen Produktionsbedingungen zu garantieren und aufrechtzuerhalten. Dabei müssen sich die Maßnahmen hierfür in dem Maße ändern, wie sich die Produktivkräfte und damit die Produktionsverhältnisse entwickeln. Man wird später sehen, daß diese Maßnahmen z. B. im Kapitalismus anderer Quantität und Qualität als in der Sklavenhaltergesellschaft sind und sein müssen.

3. Grundlagen und Entstehung des bürgerlichen Staates

Allen Staaten der präkapitalistischen Gesellschaftsformationen war ein entscheidendes Merkmal gemein, das sie grundlegend vom kapitalistisch-bürgerlichen Staat unterscheidet: die direkte Identität von ökonomischen und politischen Machtträgern. Waren es in der antiken Sklavenhaltergesellschaft, die auf gemeinschaftlichem Privateigentum basierte, die Sklavenhalter, die antike Bourgeoisie, die neben der ökonomischen Macht als einzige das Recht besaß, die politischen Posten zu besetzen, so sind es im Feudalismus, der auf dem Privateigentum des Grundbesitzes und, später, dem korporativen Eigentum des Handwerks beruhte, die feudalistische Aristokratie und die Zünfte, die die Staatsträger bildeten.

Marx charakterisiert den feudalistischen Herrscherstaat folgendermaßen:

"Welches war der Charakter der alten Gesellschaft? Ein Wort charakterisiert sie. Die F e u d a l i t ä t . Die alte bürgerliche Gesellschaft hatte u n m i t t e l b a r einen p o l i t i s c h e n Charakter, d.h. die Elemente des bürgerlichen Lebens, wie z.B. der Besitz oder die Familie oder die Art und Weise der Arbeit, waren in der Form der Grundherrlichkeit, des Standes und der Korporation zu Elementen des Staatslebens erhoben. Sie bestimmten in dieser Form das Verhältnis des einzelnen Individuums zum S t a a t s - g a n z e n , d.h. sein p o l i t i s c h e s Verhältnis, d.h. sein Verhältnis zur Trennung und Ausschließung von den anderen Bestandteilen der Gesellschaft, Denn jene Organisation des Volkslebens erhob den Besitz oder die Arbeit nicht zu sozialen Elementen, sondern vollendete vielmehr ihre T r e n n u n g von dem Staatsganzen und konstituierte sie zu b e s o n d e r e n Gesellschaften in der Gesellschaft. So waren indes immer noch die Lebensfunktionen und Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft politisch, wenn auch politisch im Sinne der Feudalität, d.h. sie schlossen das Individuum vom Staatsganzen ab, sie verwandelten das b e s o n d e r e Verhältnis seiner Korporation zum Staatsganzen in sein eignes allgemeines Verhältnis zum Volksleben, wie seine bestimmte bürgerliche Tätigkeit und Situation in seine allgemeine Tätigkeit und Situation. Als Konsequenz dieser Organisation erscheint notwendig die Staatseinheit, wie das Bewußtsein, der Wille und die Tätigkeit der Staatseinheit, die allgemeine Staatsmacht, ebenfalls als b e s o n d e r e Angelegenheit eines von dem Volke abgeschiedenen Herrschers und seiner Diener." (4, S. 51)

Die diesem feudalistischen Herrscherstaat zugrundeliegende Produktionsweise stößt an einem bestimmten Punkt an ihre eigenen Grenzen. Die Produktivkräfte können sich nicht weiterentwickeln, sie werden durch die Organisation der feudalistischen, vergleichsweise bornierten Produktionsverhältnisse in ihrer Entwicklung derart gehemmt, daß sie endlich deren Zerstörung bewirken. Es erfolgt der Übergang vom

Feudalismus zum Kapitalismus.

Mit der nun veränderten Produktionsweise verliert der Staat zwar nicht seine Grundfunktion, denn "Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen." (5, S. 45)

Aber der gesellschaftliche Charakter der Staatsmacht ändert sich.

"Die politische Revolution, welche diese (die feudalistische, d. V.) Herrschermacht stürzte und die Staatsangelegenheiten zu Volksangelegenheiten erhob, welche den politischen Staat als a l l g e m e i n e Angelegenheit, d. h. als wirklichen Staat konstituierte, zerschlug notwendig alle Stände, Korporationen, Innungen, Privilegien, die ebensovielen Ausdrücke der Trennung des Volkes von seinem Gemeinwesen waren. Die politische Revolution h o b damit den p o l i t i s c h e n Charakter der b ü r g e r l i c h e n G e s e l l s c h a f t a u f !" (4, S. 51)

"Der Staat hebt den Unterschied der G e b u r t, des S t a n d e s, der B i l d u n g, der B e s c h ä f t i g u n g in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für u n p o l i t i s c h e Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum g l e i c h m ä ß i g e n Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt. Nichtsdestoweniger läßt der Staat das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf i h r e Weise, d. h. als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung w i r k e n und ihr b e s o n d e r e s Wesen geltend machen. Weit entfernt, diese f a k t i s c h e n Unterschiede aufzuheben, existiert er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung, empfindet er sich als p o l i t i s c h e r Staat und macht er seine A l l g e m e i n h e i t geltend nur im Gegensatz zu diesen seinen Elementen." (4, S. 38)

Dieser kapitalistisch-bürgerliche Staat ist adäquates Resultat und gleichzeitig Voraussetzung der Bedingungen der materiellen Produktion, d. h. der kapitalistischen Produktion. Der kapitalistische Produktionsprozeß benötigt Produzenten, die frei sind, frei von Leibeigenschaft und vor allen Dingen frei von Produktionsmitteln. Diese Lohnarbeiter müssen ihre Arbeitskraft verkaufen können, d. h. sie müssen als freie Verkäufer auftreten, also dem Besitzer der Produktionsmittel als rechtlich gleichgestellte Person. Frei und rechtlich gleich aber auch deswegen, weil die Arbeitskraft der Lohnarbeiter eben nicht nur für einen Kapitalisten verfügbar sein muß, sondern für alle. Deshalb ist der bürgerliche Staat gezwungen, als Garant der Volkssouveränität zu erscheinen, und aus diesem Grund darf es keine politischen Unterschiede innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mehr geben. Unberührt davon bleiben aber die ökonomischen Unterschiede bestehen und werden durch das Kapital immer wieder neu produziert und weiter verschärft.

4. Zur Funktion des bürgerlichen Staates

"Durch die Emanzipation des Privateigentums vom Gemeinwesen ist der

Staat zu einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft geworden; er ist aber weiter nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben." (6,8.62)

Auch der kapitalistische Staat ist also Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung der ihre Macht begründenden Produktionsverhältnisse. Gleichwohl haben sich die Aufgaben und Methoden aufgrund der veränderten Produktionsweise - und Verhältnisse geändert im Verhältnis zu den vorangegangenen Gesellschaften.

Im Folgenden soll nun aufgezeigt werden, welcher Art diese Aufgaben und Methoden sind, und daß gerade der kapitalistische Staat seine Existenz außer und neben der Gesellschaft haben muß, obwohl er ja mit und aus derselben hervorgegangen ist.

Die Staatsform aller früheren Gesellschaften, bzw. Klassengesellschaften, war die des Herrscherstaates, d.h. die ökonomisch herrschende Klasse war auch unmittelbar die politisch herrschende. So waren im antiken Griechenland und Rom nur Mitglieder der besitzenden Klasse aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Staatsform im Feudalismus war die Monarchie, deren Institutionen nur von Mitgliedern der Aristokratie und somit des Großgrundbesitzes, später noch von Vertretern des städtischen Handwerks besetzt waren. Ebenfalls gemein war diesen beiden Gesellschaften das weitgehend einheitliche Interesse innerhalb der herrschenden ökonomischen Klassen.

Anders im Kapitalismus. Auch hier gibt es zwar hauptsächlich eine ökonomisch herrschende Klasse, die in ihrer Gesamtheit auch ein einheitliches Interesse hat, nämlich das der größtmöglichen Profitmaximierung, aber dieses gemeinsame Interesse muß erst vermittelt werden.

Der kapitalistischen Produktionsweise eigen ist die Konkurrenz der Einzelkapitale. Jedes Einzelkapital muß nach bestmöglicher Kapitalverwertung streben und steht so den Interessen der anderen Einzelkapitale diametral entgegen. Es muß also eine Institution vorhanden sein, die außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses agiert, um das den in der Produktion konkurrierenden Einzelkapitalen abgehende Gesamtinteresse, die Niederhaltung der nichtbesitzenden Klassen und Schichten, zu übernehmen und durchzusetzen. Und eben diese Institution ist der "ideelle Gesamtkapitalist" (Engels), der bürgerliche Staat. Hierin liegt auch begründet, daß Marx von der Existenz des Staates als "neben und Außer der bürgerlichen Gesellschaft" spricht.

Es wurde in Abschnitt 2 schon gesagt, daß die Hauptfunktion jedes Staates darin bestünde, die herrschenden Produktionsverhältnisse aufrechtzuerhalten und zu garantieren. Dies gilt uneingeschränkt ebenfalls für den kapitalistischen Staat.

"Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen andern aus.

Und "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren." (5, S. 29)

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß die kapitalistische staatliche Gewalt das Spektrum der Maßnahmen entgegen früheren Gesellschaften ständig erweitern muß und dies, historisch gesehen, auch getan hat. Darüberhinaus ist sie gezwungen, eine Aufgabe zu übernehmen, die gleichzeitig Resultat und Voraussetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses ist.

"Unter den Bedingungen der Verallgemeinerung der Warenproduktion, d.h. unter kapitalistischen Bedingungen, in denen die Trennung der individuellen Produzenten von ihren Produktionsmitteln real wird und das Kapitalverhältnis - nach reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital - sich rein herausbildet, setzt die gesellschaftliche Arbeit, in ihrer kapitalistischen Form, einen charakteristischen Widerspruch: *E i n e r s e i t s* bildet sie gerade die Grundlage für einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang des Reproduktionsprozesses, indem sie die gesellschaftliche Teilung der Arbeit auf die Spitze treibt und damit mehr und mehr Potenzen gesellschaftlicher Arbeit entwickelt. Jedoch müssen, wie bei jeder gesellschaftlichen Produktion, gewisse allgemein notwendige Rahmenbedingungen des Produktions- und Reproduktionsprozesses vorgegeben sein, die ihrerseits selbst produziert sein müssen, was bedeutet, daß ein adäquates Quantum gesellschaftlich disponibler Arbeitszeit zu ihrer Herstellung auf gewandt werden muß. *A n d e r e r s e i t s* stellt sich jedoch die Gesellschaftlichkeit der individuellen Arbeiten erst a posteriori außerhalb der privaten Produzenten heraus, als Resultat eines anarchischen Prozesses. Alle Arbeiten, die a priori gesellschaftliche sind, in der Weise, daß sie direkt zur Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben dienen, können daher nicht unter der Form der bloß vermittelt gesellschaftlichen Arbeit geleistet werden. Die gemeinschaftlichen Arbeiten werden also bedingt durch die Gesellschaftlichkeit der Produktion überhaupt und werden zugleich durch die spezifische Art der Gesellschaftlichkeit an der Ausführung verhindert. Der Widerspruch kann sich nur lösen, indem sich der Gesellschaft von Privaten die Gesellschaft als solche gegenüberstellt, indem also die Gesellschaft, das Allgemeine, worunter die besonderen Individuen subsumiert sind, eine selbständige besondere Existenz neben und außer der Gesamtheit der die Gesellschaft konstituierenden Privaten gewinnt. Diese Verdoppelung der Gesellschaft bringt den Staat hervor." (7, S. 131)

Das heißt, daß sich die Gesellschaftlichkeit im Kapitalismus erst über den Markt herstellt, die gesellschaftlichen Bedingungen für

den Produktionsprozess aber schon a priori geschaffen werden müssen, wird der Staat notwendig, als etwas über der Gesellschaft stehendes, um die allgemeinen Voraussetzungen für die Produktion und die Reproduktion zu schaffen. Daß der "ideelle Gesamtkapitalist" unter dem Zwang dieser Notwendigkeit Entscheidungen auch gegen die besonderen Interessen der Einzelkapitale treffen und durchsetzen muß, zeigt u. v. das Beispiel der Fabrikgesetzgebung in England zur Zeit des "free trade". (siehe hierzu auch MEW Bd. 23, S. 504 ff)

Durch die dem Kapital eigene Dynamik fand eine immer stärkere Konzentration und daran anschließende Zentralisation des Kapitals statt, was wiederum die Voraussetzung für das Einsetzen des Imperialismus war.

An diesem Punkt musste die Aufgabe des Staates, die allgemeinen Voraussetzungen für Produktion und Reproduktion der nationalen Einzelkapitale zu schaffen, internationale Dimensionen annehmen, deren Resultat unter anderem zwei imperialistische Weltkriege sind. Mit dem Abschluß der Aufteilung der Welt beginnen die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals sich fortlaufend zu verschärfen.

Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade in dieser Zeit der Staat immer mehr Einrichtungen übernimmt, die zu den vor- und nachgeschalteten Bedingungen der Produktion gehören, d. h. die Infrastruktur im weitesten Sinne, und somit stärkeren Einfluß auf die Gesellschaft und die ökonomischen Bewegungen nimmt.

4.1. Infrastruktur und bürgerlicher Staat

Man hat bisher gesehen, daß die Erstellung der allgemeinen Rahmenbedingungen für den kapitalistischen Produktionsprozess, der Infrastruktur also, vom Staat übernommen werden muß, einmal, weil sich die Gesellschaftlichkeit im Kapitalismus erst über den Markt, also anschließend an die Produktion, herstellt, die Bedingungen für die gesellschaftliche Produktion aber a priori geschaffen werden müssen, zum anderen, weil die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, oder besser der Einzelkapitale, ein zunehmendes Eingreifen einer "neutralen" Institution verlangen. Doch ist bis jetzt ein wichtiger Grund für diese Staatstätigkeit noch nicht genannt worden.

Da Kapital dem Zwang unterliegt, sich so schnell wie möglich verwerten zu müssen, d. h. produktiv verwandt zu werden, die meisten Zweige der Infrastruktur aber für das Einzelkapital nicht unmittelbar profitabel, weil unproduktiv, sind, bedeutete ein Übernehmen dieser Ein-

richtungen durch das Einzelkapital für dieses "faux frais", tote Kosten, also Kapital, das sich nicht verwertet. Oder anders gesagt: Der Staat muß diese Aufgaben übernehmen, da der größte Teil der Infrastruktureinrichtungen nur Gebrauchswert besitzen, die kapitalistische Produktion aber auf der Produktion von Tauschwerten basiert.

Die wichtigsten Teile der Infrastruktur sind konkret: das Verkehrswesen, das Bildungs- und Forschungswesen, das Gesundheitswesen, das Kommunikationswesen, das Energiewesen, die Verwaltung.

Bürgerliche Theoretiker wie Jochimsen haben diese verschiedenen Teile der Infrastruktur in zwei große Bereiche dividiert, in einen materiellen und einen institutionell-personellen. Bezieht man diese Trennung auf die organische Zusammensetzung des Kapitals, so kann man sie durchaus für eine Kritik der Infrastruktur des bürgerlichen Staates benutzen.

Danach besteht also erstens ein relativ enger Zusammenhang zwischen den materiellen Infrastrukturbereichen, die allesamt einen gewissen Produktcharakter besitzen, und dem konstanten Kapital. Dies gilt konkret für das Verkehrswesen, das Energiewesen etc. Zweitens bezieht sich der institutionell-personelle Bereich, dessen Einrichtungen Leistungscharakter besitzen, mehr oder minder direkt auf das variable Kapital. Hierzu zählen das Bildungswesen, das Gesundheitswesen etc. Bei Wissenschaft und Forschung ist die Zuordnung zu einem der beiden Bereiche nicht ohne weiteres möglich, da sie Auswirkungen sowohl für das konstante als auch für das variable Kapital haben. Andere Sektoren, wie z. B. die Bürokratie und die Herrschaftsinstrumente (Polizei, Armee etc.) werden hier herausgelassen, da wir uns einerseits über ihre Zuordnung noch nicht im Klaren sind, andererseits ihre Bedeutung und ihr Gewicht erst bei konkreten Klassenkämpfen zu bestimmen sein wird.

Vor allem im Bereich der Infrastruktureinrichtungen, die einen Produktcharakter besitzen, treffen die bornierten Interessen der Einzelkapitale und das allgemeine des "Gesamtkapitals" aufeinander. Während die den sich verschärfenden Verwertungsschwierigkeiten unterliegenden Einzelkapitale nach neuen Bereichen suchen, die profitabler sind, ist der Staat gezwungen, diese Bereiche unter seiner Kompetenz zu belassen, da er eben gerade die allgemeinen Produktionsvoraussetzungen für alle besonderen Einzelkapitale zu produzieren hat. So entsteht ein dauernder tendenzieller Interessengegensatz zwischen Staat und Einzelkapitalen.

Dieser "Kampf" verschärft sich noch weiter in dem Maße, wie die Infrastruktureinrichtungen den Bedürfnissen der Kapitalverwertung angepaßt werden, was wiederum die Voraussetzung für erhöhte Profite bildet. Zur Klärung der hierfür ausschlaggebenden Gründe muß kurz auf die Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen eingegangen werden.

Die Gelder zur Finanzierung von Staatsausgaben in der BRD kommen aus zwei Quellen. Die erste resultiert aus der Beschneidung der Mehrwertmasse und der Gehälter der Kapitalfunktionäre, die zweite aus der Beschneidung der Löhne, was sich allerdings über die Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft wieder auf die Mehrwertmasse auswirkt. Die Erhebung dieser Mittel geschieht ebenfalls auf zwei Arten. Die erste ist eine direkte Besteuerung der Profite und Löhne, die zweite ist eine indirekte Besteuerung, die durch willkürliche Erhöhung der Warenpreise durch den Staat (Mehrwertsteuer) gewährleistet ist. Diese indirekte Besteuerung ist also eine indirekte Lohnsteuer.

An dieser Stelle soll kurz mit der "Sozialstaatsillusion" aufgeräumt werden. Wir sahen, daß die Löhne einer direkten und indirekten Besteuerung unterliegen. Dies heißt aber nichts anderes, als daß die Klasse der Ausgebeuteten, gesehen in Relation zur Möglichkeit der Nutzung der Infrastruktur, die finanziellen Mittel aufbringt, mit denen die Produktionsvoraussetzungen für die Klasse der Ausbeutenden verbessert werden, also das Proletariat, wiederum relativ gesehen, die finanziellen Voraussetzungen schafft für seine eigene intensivere Ausbeutung.

Berücksichtigt man ferner, daß der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen der BRD von 11,8% im Jahre 1960 auf 18,9% im Jahre 1969 gestiegen, während der Anteil der Körperschaftsteuer im gleichen Zeitraum 9,5% auf 7,6% gesunken ist; weiß man darüberhinaus noch, daß die Sozialausgaben der BRD von 1964 bis 1969 um ganze 1,5% angestiegen sind, während der Anteil des Staatsverbrauches am Brutto-sozialprodukt von 1960 (Index 100) bis 1969 eine Steigerung von 100:226 aufweist, wird wohl vollends klar, daß die Illusion eines sozialen Verteilerstaates eine wirkliche Illusion darstellt und sich daran beim bürgerlichen Staat auch nichts ändern kann und wird, wenn man an die allgemeine Funktion des Klassenstaates denkt.

Doch nun zurück zur Frage des Interessengegensatzes von "Gesamt"- und Einzelkapital. Wie oben dargelegt drängen die Einzelkapitale bei zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten in die profitablen Sektoren

der Infrastruktur, während der Staat dem entgegenwirken muß. Eine Anpassung der Infrastruktur an die Stufenleiter der Kapitalverwertung ist aber Grundbedingung für die Reproduktion des Kapitals. Anpassung der Infrastruktur bedeutet wiederum u.a. für die Einzelkapitale höhere Abgaben an den Staat, also weniger Kapital, das produktiv verwandt werden kann. Dieser Widerspruch hat also die Tendenz zur Verschärfung, da das Einzelkapital auf der einen Seite die profitablen Bereiche der Infrastruktur zu okkupieren versucht, es sich auf der anderen Seite eine relativ progressive Beschneidung seiner Mehrwertmasse gefallen lassen muß, um überhaupt weiter produzieren zu können.

welche Bedeutung aber gerade die Infrastruktur für die Zirkulation und Produktion, also für die relativ wichtigsten Bereiche des kapitalistischen Produktionsprozesses, besitzt, soll im folgenden Abschnitt aufgezeigt werden.

4.2. Die Bedeutung der Infrastruktur für Zirkulation und Produktion

4.2.1. Die Bedeutung für die Zirkulation

Der Begriff "die Zirkulation" ist etwas irreführend und würde für die Analyse der Bedeutung der Infrastruktur für die Zirkulation zu kurz fassen.

Karl Marx unterscheidet zwischen zwei Arten der Zirkulation: die reale und die ökonomische Zirkulation.

Die reale Zirkulation meint den Transport von Waren und ihre Formveränderung. Die Waren gewinnen hier an Wert, sofern Arbeitszeit auf diese Verrichtung (den Transport) angewandt wird.

Die ökonomische Zirkulation meint die Zeit, die es kostet, den Kreislauf Ware - Geld - Ware zu vollenden.

Doch beide Arten der Zirkulation verlaufen nicht nebeneinander und isoliert, sondern sie stehen in Beziehung zueinander.

"Je nach Schnelligkeit des Kreisens der Kapitalsummen X wirkt die ökonomische Zirkulation auf der Basis der realen mehr oder weniger verlangsamend auf den Prozeß der Wertbildung, ist also immer Abzug von Verwertungsmaximum, das gegeben wäre, wenn die Zirkulationszeit gleich Null wäre. Für das Kapital als prozessierende Einheit von Produktion und Zirkulation stellt die Zirkulationszeit zusammen mit der Arbeits-(Produktions)zeit die Umschlagszeit des flüssigen Kapitals dar. Für optimale Kapitalverwertung folgt hier die Notwendigkeit eines möglichst schnellen und reibungslosen Umschlags. Für die reale Zirkulation als Basis erfordert dies infrastrukturelle Ausgaben und Einrichtungen in dreierlei Hinsicht:

- 1) Einrichtung eines umfangreichen Systems der Banken und der Kredite.
- 2) Ausbau des Verkehrssystems und der Verkehrsmittel, um die Zirkulation der Waren in der stofflichen Form zu be-

schleunigen.

- 3) Die Einrichtung eines entwickelten Kommunikationssystems, um Steuerungsversuche - wenn schon nicht im Produktions- so zumindest im Zirkulationsbereich - technisch so weit als möglich zu entwickeln." (8, S.C 35/36)

Es folgt also, daß das kapitalistische System zusammenbräche, gäbe es die Infrastrukturbereiche nicht oder wären sie in den Händen von Einzelkapitalen, die sie zwar als profitträchtig ansehen würden und diese Bereiche so zu ihrer besonderen Profitmaximierung benutzten, die allgemeine Bedeutung und Wichtigkeit dieser Sektoren aber gerade wegen ihres gezwungenermaßen relativ bornierten Interesses nicht erkennen könnten und somit die gesamten allgemeinen Produktionsbedingungen, und damit auch ihre eigenen, in Frage stellten.

Weiterhin folgt aus der Wichtigkeit dieser Infrastrukturbereiche für das Funktionieren der gesamten Produktion, daß sich ihre Ex- und Intensivierung so vollziehen muß, daß sie den Ansprüchen des sich auf immer höherer Stufenleiter reproduzierenden Kapitals genügen kann. Das heißt konkret, daß der tendenzielle Interessengegensatz zwischen "Gesamt"- und Einzelkapital in gleichem Maße zunehmen muß. Das gleiche gilt auch für die Infrastrukturbereiche, die sich auf die Produktion beziehen.

4.2.2. Die Bedeutung für die Produktion

Die Bedeutung der für die Produktion unerläßlichen Infrastrukturbereiche liegt allgemein gesagt in der Erhaltung und/oder Erhöhung des Werts der Ware Arbeitskraft. Der Widerspruch muß hier noch größer sein, da die unmittelbare Produktion Quelle des Mehrwerts ist und alle anderen Bereiche aus der Sicht der Einzelkapitale kurzfristig unprofitabel sind. Die Auswirkungen dieses Widerspruches zeigen sich heute prägnanter denn je z.B. in der Bildungsmisere.

Wichtigste Teile dieses Infrastruktursektors sind das Gesundheitswesen, der Ausbildungssektor sowie die Wissenschaft.

Anschließend sollen noch ein paar Bemerkungen über die räumliche Wirkung der staatlichen Infrastrukturmaßnahmen, also über Raumordnung und Raumplanung im Kapitalismus gemacht werden. Allerdings scheint es uns hier notwendig, zuvor einige grundsätzliche Worte über Planung im allgemeinen und Planung im Kapitalismus im besonderen zu sagen.

4.3. Das Problem der Planung

Der Begriff Planung kommt aus der sozialistischen Ökonomie und meint ein Prinzip, das sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche in ihrer

Totalität bezieht. Voraussetzung für Planung im eigentlichen Sinne ist also, daß der kapitalistische Grundwiderspruch, gesellschaftliche Produktion und private Aneignung, aufgehoben ist, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktion von den produzierenden Individuen als solcher erkannt werden kann und damit die Möglichkeit gegeben ist, die Produktion gemeinsam zu planen und zu vollziehen. Ziel ist nicht mehr die ausschließliche Produktion von Tauschgütern, sondern von Gebrauchsgütern. (vergl. hierzu 7, S. 126/127)

Anders im Kapitalismus. Die kapitalistische Produktionsweise kann nur bestehen, wenn der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der jeden Tag neu produziert werden muß, erhalten bleibt. Als weiteres wichtiges Moment kommt die Konkurrenz der Einzelkapitale hinzu.

"Dem individuell Produzierenden wird das gesellschaftlich notwendige Maß erst im Austausch vermittelt, wenn er seine Produkte mit denen der anderen vergleichen kann; andererseits ist aber eben der Gebrauchswert der Ware als gesellschaftlicher bestimmt (Gebrauchswert für andere), und damit ihrem Tauschwert vorausgesetzt: können Produkte nicht ausgetauscht werden (weil sie kein auf dem Markt auftretendes Bedürfnis befriedigen), dann ist das Produkt keine Ware, hat sie keinen Wert. Die in ihr verausgabte konkret nützliche Arbeit verfällt, auch wenn zu gesellschaftlichen Durchschnittsbedingungen produziert wurde." (J. Hoffmann, Zur allgemeinen Bestimmung des Begriffs der "Planung" in Übergangsgesellschaften, zitiert nach 7, S. 127)

Mit anderen Worten: erst auf dem Markt kann festgestellt werden, ob das individuell produzierte Produkt ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt, also einen Gebrauchswert besitzt, und ob es in der durchschnittlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit hergestellt wurde. Dies aber hat seinen Grund im kapitalistischen Grundwiderspruch und der Konkurrenz der Einzelkapitale, die ausschließlich Tauschwerte produzieren müssen, die sich so den Mehrwert aneignen und zur Profitmaximierung kommen können, allerdings vorausgesetzt, daß das um des Tauschwertes Willen hergestellte Produkt auch einen Gebrauchswert besitzt. Dies aber kann sich erst in der Zirkulationssphäre herausstellen.

Desweiteren kann sich das Verhältnis der individuellen Arbeiten, wie auch das der individuellen Produzenten ebenfalls nur post festum als gesellschaftliches entpuppen. Aus diesen Gründen kann Planung in der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise nie gesellschaftliche, sondern höchstens punktuelle Planung sein, deren Wirkungsbereich darüberhinaus noch außerhalb der unmittelbaren Produktion liegen muß.

"Speziell gilt es dabei zwei verschiedene Arten der 'Planung' zu

unterscheiden: reaktive und projektive Planung. Die reaktive Planung beinhaltet den Versuch, aktuell sich offenbarende Mängel zu beheben. Da deren Ursachen jedoch in den strukturell verankerten Widersprüchen liegen, muß dieser Versuch als eine Reaktion auf Erscheinungsformen auch zwangsläufig an der Oberfläche der Gesellschaft haften bleiben. Die reaktive Planung ist daher nur in begrenztem Maße möglich. Sie vermag zwar das Wirken der Widersprüche nicht aufzuheben, es jedoch in einem beschränkten Umfang abzumildern oder zu verzögern. Projektive Planung versucht die Unzulänglichkeiten der reaktiven Planung zu beheben. Durch Systematisierung erfahrener Mängel und deren Umsetzung in bestimmte Methoden versucht sie, jene Mängel zu antizipieren und ihre Manifestierung durch Eingriffe zu verhindern. Dieser projektive Versuch kann jedoch zumeist nicht einmal modifizierend oder abmildernd wirken, da dies die Kenntnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zur Voraussetzung haben müßte. Er scheitert an der allseitigen Abhängigkeit sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche von der ökonomischen Basis des gesellschaftlichen Lebens, über den sie untereinander verflochten sind." (7, S. 129)

4.4. Einige Bemerkungen über die räumlichen Auswirkungen der infrastrukturellen Maßnahmen (Stadt-Land-Gegensatz)

Im Grundgesetz der BRD heißt es: "Der Bund hat das Recht, ... Rahmenvorschriften zu erlassen über: ... die Bodenverteilung, die Raumordnung und den Wasserhaushalt." (9, Art. 75)

Das Grundgesetz weist dem Staat also explizit und gezwungenermaßen (vergl. Abschnitt 4 und 4.1 dieser Arbeit) das Recht auf Raumordnung und damit auf Raumplanung zu. Da infrastrukturelle Maßnahmen und so implizit deren Planung aber an die Kapitalinteressen gebunden sind bzw. die günstigsten Voraussetzungen für die Kapitalverwertung schaffen sollen, kann von Raumplanung und Raumordnung wohl nicht gesprochen werden. Raumordnung, und zwar im gesamtgesellschaftlichen Sinn, müßte durch gesellschaftliche Planung die Diskrepanz zwischen Stadt und Land beseitigen und eine ausgewogene räumliche Entwicklung ermöglichen. Das allerdings ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen schlicht unmöglich.

"Die Stadt ist bereits die Tatsache der Konzentration der Bevölkerung, der Produktionsinstrumente, des Kapitals, der Genüsse, der Bedürfnisse, während das Land gerade die entgegengesetzte Tatsache, die Isolierung und Vereinzelung, zur Anschauung bringt. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land kann nur innerhalb des Privateigentums existieren... Die Trennung von Stadt und Land kann auch gefaßt werden als die Trennung von Kapital und Grundeigentum, als der Anfang einer vom Grundeigentum unabhängigen Existenz und Entwicklung des Kapitals, eines Eigentums, das bloß in der Arbeit und im Austausch seine Basis hat." (6, S. 50)

Die Trennung und der Gegensatz von Stadt und Land beruhen also auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln im allgemeinen und der Trennung von Kapital und Grundeigentum im besonderen. Da aber das Kapital sich im Kapitalismus alle Gesellschaftsbereiche subsumiert

hat und der Staat der Träger des Gesamtinteresses des Kapitals ist, wird klar, daß sogenannte Raumordnung im Kapitalismus den Gegensatz von Stadt und Land weiter verschärfen muß.

Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, daß für die Expansion des Kapitals die Trennung von Stadt und Land von relativ großer Bedeutung ist, also "die ungleiche Entwicklung in verschiedenen Gebieten ein und desselben Landes. Dieses Phänomen, das in den marxistischen Studien allgemein unterschätzt wird, ist in Wirklichkeit einer der wesentlichsten Schlüssel für das Verständnis der erweiterten Reproduktion. Durch die Schaffung wirtschaftlich regressiver Zonen innerhalb der kapitalistischen Nationen schafft sich die kapitalistische Produktionsweise selbst ihre 'ergänzenden' Absatzmärkte sowie ständige Arbeitskraftreserven!" (+ von Mandel hervorgehoben) (10, S. 397)

LITERATURVERZEICHNIS

1. Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, M E, Ausgewählte Schriften Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1970
2. Lenin, W.I., Über den Staat, Dietz Verlag, Berlin 1954
3. Schmidt-Renner, G., Elementare Theorie der ökonomischen Geographie, Haack, Gotha 1966
4. Marx, K., Zur Judenfrage, in Marx-Engels Studienausgabe I Philosophie, Fischer Bücherei, Frankfurt/M 1966)
5. Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in ME Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1971
6. Marx, K., Die Deutsche Ideologie, in MEW Bd. 3, Dietz Verlag, Bln. 1969
7. Marxistische Gruppe Erlangen-Nbg., Kapitalistische Hochschulreform, Politladen Erlangen, 1972
8. LG Wohnbau-RWTH Aachen (Hrsg.), Zur Kritik von Kommunalpolitik und Stadtentwicklungsplanung
9. Grundgesetz der BRD
10. Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Ed. Suhrkamp, Ffm., 1968

Exkurs: Begriff des Staates und historische Durchsetzung
(Zu den beiden Artikeln über Staat und Infrastruktur)

"Es erscheint also in der Konkurrenz alles verkehrt. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klar zu werden versuchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihren innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff." 1)

Das Handicap beider Arbeiten liegt in der unzureichenden Trennung (bzw. taucht dieses Problem gar nicht auf.) der begrifflichen Ableitung des Staates, d.h. dessen Bestimmung aus dem Kapitalverhältnis und der historischen Durchsetzung bzw. der empirischen Erscheinungsform des Staates.

"Soweit sich aus der bestimmten ökonomischen Struktur des Gemeinwesens allgemeine Bestimmungen der politischen Form des Gemeinwesens oder der Bewußtseinsformender Produktionsagenten usw. ableiten lassen, sind diese der je empirischen Bestimmung dieser Form vorausgesetzt." 2)

Allgemein kann für eine marxistische Vorgehensweise (für die marxistische Methode) und das ist "der im Kapitalismus bestehenden Nicht-Identität von Wesen und Erscheinung" 1) geschuldet, gesagt werden, daß es notwendig ist die wesensmäßigen Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft zu analysieren und zu begreifen, und dies ohne die dem Gegenstand (Kapital) fremden Sachverhalte.

"In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt immer vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen, oder was dasselbe, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, soweit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken". 3)

"Um die Formen rein aufzufassen, ist zunächst von allen Momenten zu abstrahieren, die mit dem Formwechsel und der Formbildung als solchen nichts zutun haben." 4)

1) Karl Marx, Das Kapital, Bd.3, S.219

2) Projekt Klassenanalyse, Zur Taktik der proletarischen Partei, VSA 1, S.26

3) Karl Marx, Das Kapital, Bd.3, S.152

4) Karl Marx, Das Kapital, Bd.2, S.32

Für unsere Problematik des Staates und der Infrastruktur bedeutet dies, den Staat begrifflich(logisch)aus dem Kapitalverhältnis abzuleiten und zu bestimmen, um dann, wenn dies in reiner Form -d.h.

"ohne gewaltsame der Sache fremde und vom Denker selbst ihr vorangestellte Vermittlungsschritte" 1) -

geschehen ist, die historische(empirische) Erscheinungsform in ihrer Bewegung darzustellen bzw. zu untersuchen.

Der Staat ist erst wesensmäßig, d.h. aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet, darzustellen, um dann seine historische Erscheinungsform- nie umgekehrt -als Bewegung der Oberfläche aufzuzeigen. 2)

Wenn auch dies in der konkreten Analyse noch nicht voll und ganz so gehandhabt wird- das liegt auch daran, daß wir noch nicht dazu fähig sind -so bietet uns die Vorgehensweise doch die einzige Möglichkeit der Erklärung der Wirklichkeit. Die Aufgabe entspringt mit den Bedingungen ihrer Lösung.

Die offenen Fragen bzw. gegebenenfalls auch Widersprüche in diesen beiden Arbeiten(wie natürlich in den anderen Aufsätzen auch)sind dann nicht der marxschen Methode zuzuschreiben, sondern unserer unzulänglichen Beherrschung dieser Methode; oder anders ausgedrückt: unsere Aufarbeitung und Analyse der bürgerlichen Gesellschaft ist noch nicht so weit gediehen, daß "bei dem Übergang von der allgemeinen zur empirischen Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft quasi ein Umschlag von Theorie in Methode" stattfinden kann. 3)

In beiden Aufsätzen wurde der Staat wesensmäßig abgeleitet als Institution, die die Bedingungen der Konkurrenz außerhalb diesen Konkurrenzbedingungen herstellt, also neben und außer der Gesellschaft existieren muß.

1) Projekt Klassenanalyse, S.23

2) Hier haben wir auch das Charakteristische aller bürgerlichen Wissenschaft.Sie nimmt die Oberfläche, so wie sie ist, unvermittelt auf und versucht,den Oberflächenerscheinungen dann- nachträglich -einen Sinn, eine Systematik unterzuschieben.

3) Projekt Klassenanalyse, S.27

Die Notwendigkeit der Herstellung der Konkurrenz, andererseits die Unfähigkeit dies in der Konkurrenz selbst zu leisten, bringt die Verdoppelung von Staat und Gesellschaft hervor, also macht es notwendig, daß sich außerhalb der Gesellschaft eine scheinbar selbstständige Sphäre konstituiert, die außerhalb der Konkurrenz die Konkurrenz herstellt.

So ist die These des Kampfs des Staats mit den Kapitalen um bestimmte Bereiche der Infrastruktur gerade der ungenügenden Aufarbeitung der politischen Ökonomie geschuldet.

Denn was bedeutet "Kampf" zwischen Staat und Einzelkapital anderes als, daß der Staat in die Konkurrenz einbezogen ist. Wenn wir aber den Staat als außerhalb den Konkurrenzbedingungen stehend richtig abgeleitet haben, muß der "Kampf" zwischen Staat und Einzelkapital ein konstruierter und somit falsch sein. Dieser Kampf entspringt nicht der Bestimmung des Staats aus dem Kapitalverhältnis. Wenn dies in der Realität trotzdem geschehen sollte, -und dies wäre zu untersuchen- so agiert der Staat nicht als Staat, sondern als Einzelkapital. Dann ist der Staat nicht in seiner Funktion, als Wahrer der allgemeinen Produktionsbedingungen anzusprechen, dann ist er den gleichen Bedingungen wie jedes andere Einzelkapital unterworfen. 1)

1) Hier liegt gleichfalls die Problematik der Engelsschen Darstellung des Staates:
"Wir können Engels in seiner Folgerung: 'Je mehr Produktivkräfte (der Staat-E.A.) in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist...' allerdings nicht zustimmen: Zwar wird der Staat durch Übernahme kapitalistischer Produktionsprozesse zu einem wirklichen Kapitalisten, jedoch nicht zum Gesamtkapitalisten. Als kapitalistischer Produzent ist der Staat den Widersprüchen der Einzelkapitale untereinander unterworfen, wie andere große Einzelkapitale auch. Wie sich zeigen wird, ist gerade seine Konstituierung als wirklichen Kapitalist für das Kapital problematisch."
E. Altvater, Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus

Dieses Mißverständnis liegt genau an der Verwischung bzw. Verwechslung von begrifflicher Bestimmung und historischer Durchsetzung des Kapitalverhältnisses.

Nehmen wir als Beispiel den Ausbildungssektor. Vom Begriff her, also logisch aus dem Kapitalverhältnis bestimmt. Die Ausbildung ist logisch, also begrifflich nur vom Staat wahrzunehmen, da der Wert der Ware Arbeitskraft - wie der Wert jeder Ware - gesellschaftlicher Wert ist, bestimmt durch abstrakt menschliche Arbeit, und die einzelne Arbeit ist nur soweit wertbildende Arbeit, als sie Verausgabung ^{abstrakt} menschlicher Arbeit ist. Die einzelne konkrete Arbeit muß sich notwendig ständig über den Markt auf die allgemeine Verausgabung menschlicher Arbeit beziehen, und die menschliche Arbeitskraft ist nur dort für das Kapital interessant, wo sie sich auf dieses Allgemeine beziehen kann.

Die Ware Arbeitskraft bzw. den Wert der Ware Arbeitskraft herzustellen, setzt somit allgemeine- auf gesellschaftlich notwendige Verausgabung von Arbeitskraft gerichtete - Ausbildung voraus.

Die Herstellung des allgemeinen Arbeitsvermögens kann aber nicht in der jeweils besonderen- konkreten - Produktion des Einzelkapitals geleistet werden, ist also notwendig getrennt vom Einzelkapital, ist: allgemeine Produktionsbedingung und ist somit logisch (begrifflich) nur vom Staat wahrzunehmen. 1) Nun, nachdem die begriffliche Ableitung geleistet ist, kann die empirisch und historisch vorgefundene Realität betrachtet werden.

"Die Verhältnisse der kapitalistischen Produktion werden sich je nach den vorgefundenen geschichtlichen Bedingungen verschieden ausprägen und mehr oder weniger vom Entwicklungspunkt ihrer vollen Reife, ihrer Klassizität entfernt sein." 2)

-
- 1) Die Ausführung über die logische Ableitung der Ausbildung als allgemeine Produktionsbedingung kann, in diesem Rahmen, nicht ausführlich geleistet werden.
siehe hierzu Wissenschaft und Kapital
 - 2) Projekt Klassenanalyse, S.26

So ist begrifflich die Ausbildung vom Staat wahrzunehmen, historisch aber, ist es durchaus möglich, daß sie noch privat betrieben wird. So ist in Japan¹⁾ die Ausbildung zum großen Teil privat und in der BRD die Lehrlingsausbildung. Ähnlich kann man das Gesundheitswesen einordnen.

Allgemein kann gesagt werden, daß die materielle Infrastruktur solange privatkapitalistisch betrieben wird, wie sie profitabel ist. Real vollzieht sich die Abtrennung und Übernahme der Ausbildung (als Beispiel) durch den Staat erst, wenn diese Abtrennung/Übernahme sich in der Realität dem Staat aufdrängt, also die Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft selbst die Notwendigkeit aufzeigt.

Unter diesem Aspekt muß der "Kampf" zwischen Einzelkapital und Staat betrachtet werden. Dieser Kampf ist eine Konstruktion zwischen der begrifflichen und der historischen (empirischen) Ebene - wenn also diese beiden Ebenen als Widerspruch und nicht als verschiedene Ebenen der Analyse betrachtet werden-.

Denn ein Kampf zwischen Staat und Einzelkapital findet nur statt, soweit der jeweilige Bereich profitabel ist, dann tritt der Staat aber nicht als Staat auf. Wenn er unprofitabel ist und allgemeine Produktionsbedingung muß der Staat ihn notwendig übernehmen. Falls der Staat mit Einzelkapitalien um profitable Bereiche konkurriert, agiert er nicht als Staat, 2) sondern als Einzelkapital. Ein solcher Kampf geht somit von einer falschen Bestimmung des Staates aus.

Bleibt zum Schluß noch zu sagen, daß mit diesem Beitrag nicht die allgemeine Problematik von Logik und Empirie gelöst werden sollte (auch nicht kann), sondern die Entwicklung zwischen beiden Artikeln aufgezeigt und die Widersprüche und offenen Fragen in den Artikeln problematisiert wird.

Im Großen und Ganzen ist noch nicht aller Tage Abend.

1) siehe E. Altvater, in: Probleme des Klassenkampfes, S. 11

2) wobei eine solche These von vornherein fraglich ist.

L I T E R A T U R L I S T E

- 1 G. McCrone, Regional policy in Britain, London 1969
- 2 W. Markov u.a., Weltgeschichte, Leipzig 1971
- 3 H.H. Rass, Großbritannien, Eine politische Landeskunde, Bonn 1969
- 4 Tariq Ali, The Coming British Revolution, London 1972
- 5 Vereinigung zur Kritik der polit. Ökonomie e.V. (Hrsg).
Prblme des Klassenkampfes, West-Berlin 1/1971
- 6 Corporation of Glasgow, Education Department (ed.),
Regional Development, Glasgow 1969
- 7 J. Marshall/B. Davey, Results and Prospects for British Capitalism in:
International, 6/1972
- 8 D.Lee, Regional Planning and Location of Industry, London + Fakenham 1970
- 9 J. Marshall, The Meaning of the Miners' Strike, London, Feb.1972
- 10 Albers/Goldschmidt/Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Abschnitt GB,
Hamburg 1971
- 11 Select Committee of Scottish Affairs, The Machinery of Economic Planning
in Scotland, 1968/69, Document 4
- 12 Department of Employment, British Labour Statistics, Historical Abstract
1886 - 1968, London 1971
- 13 Department of Employment, British Labour Statistics, Year Book 1969
- 14 Glasgow Socialist Women's Group, Paper prepared for the Scottish
Regional Women's Liberation Conference in Glasgow on 22nd April 1972
- 15 M.Wise, Britain on the Brink of Europe in: M.Chisholm (ed.),
Resources for Britains's Future, London 1972
- 16 E. Hammond, An Analysis of Regional Economic and Social Statistics,
Durham 1968

Eberhard Penserot

Grundlagen der Stadtentwicklung

=====

1. Vorbemerkung:

Der folgende Beitrag ist gedacht als eine grobe und damit notwendigerweise oberflächliche Darstellung der Grundlagen der Entstehung von Städten und ihrer Entwicklung.

Es mußte daher versucht werden, die allgemeineren Gesetzmäßigkeiten der Stadtentwicklung aufzuzeigen, was notwendigerweise eine Abstraktion von der Vielfalt der Bestimmungen, die die Realität der Städte ausmacht, erfordert.

Andererseits entfalten sich die Gesetzmäßigkeiten der Stadtentwicklung nur unter ganz bestimmten historischen Bedingungen - an sich, abstrakt existieren sie eben nicht. Folglich mußte die Darstellung zugleich auch konkreter werden, woraus sich - da der gesamte Komplex der Stadtentwicklung zu sehr umfangreich ist - die Beschränkung auf die Stadtentwicklung in Mitteleuropa und die besondere Berücksichtigung der für die Entstehungsgeschichte der Stadt entscheidenden Zeit des Verfalls feudalistischer Produktionsverhältnisse ableiten läßt.

2. Vorüberlegungen zur Stadtentwicklung

2.1 Der Arbeitsprozeß und seine Lokalisierung

Eine zentrale Bedeutung kommt dem Arbeitsprozeß zu; er ist die Lebensbedingung des Menschen und er bestimmt zugleich auch - in Verbindung mit dem Arbeitsgegenstand, den Arbeitsmitteln, den historisch bedingten Arbeitsteilung und den Produktionsverhältnissen - die gesellschaftliche Entwicklung des Menschen. Auch die Betrachtung der Stadtentwicklung muß daher hier ansetzen, denn sie ist nicht denkbar ohne die gesellschaftliche Tätigkeit des Menschen, die im Arbeitsprozeß mit seinen verschiedenen Formen besteht.

"Der Arbeitsprozeß (...) in seinen einfachen und abstrakten Momenten (...) ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformationen gleich gemeinsam." (1)

Er ist - abstrakt betrachtet - im wesentlichen Äußerung von Arbeitskraft, Verausgabung eines bestimmten Quantum von

"menschlichem Muskel, Nerv, Hirn usw. (...), das wieder ersetzt werden muß(...). Wenn der Eigentümer von Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können," (2)

d.h. der Arbeitsprozeß ist ununterbrochener Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur, der Produktionsprozeß schließt zugleich den ständigen Reproduktionsprozeß als Notwendigkeit mit ein.

(1) Marx, Karl "Das Kapital" Bd 1 MEW23 Berlin 1970, S. 198

(2) ders. S. 185

Die drei einfachen Momente des Arbeitsprozesses abstrakt dargestellt sind: Erstens die Arbeit als zweckmäßige Tätigkeit, zweitens der Arbeitsgegenstand und drittens das Arbeitsmittel. (1)

Hat zunächst der allgemeinste Arbeitsgegenstand, die Erde selbst, die besondere Bedeutung als "ursprüngliche Proviandkammer" (2) des Menschen, als ein Gebiet, aus dem er z.B. fertige Lebensmittel sich aneignet, so erhält sie im weiteren Verlauf der menschlichen Entwicklung immer mehr die besondere Bedeutung als "ursprüngliches Arsenal von Arbeitsmitteln". (3)

"Ding(e) oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen. (4)

Mit dem Gebrauch von Arbeitsmitteln und den Werkzeugen beginnt die spezifisch menschliche Geschichte, die gekennzeichnet ist durch den zweckmäßigen Eingriff des Menschen in die Natur, ihre dadurch bedingte Veränderung und zugleich auch die Veränderung des Menschen selbst. (5)

Unter den Arbeitsmitteln ist dasjenige Arbeitsmittel, das im allgemeinen erst eine gegenständliche Bedingung darstellt, damit die Produktion überhaupt stattfinden kann (6) wieder die Erde, und zwar in dem Sinn des Standorts der Produktion.

"Das allgemeine Arbeitsmittel dieser Art ist wieder die Erde selbst; denn sie gibt dem Arbeiter den locus standi und seinem prozeß den Wirkungsraum. (7)

Der Standort des Arbeitsprozesses ist damit der Ort der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, er ist daher immanenter Bestandteil der Produktion.

SCHMIDT-RENNER definiert dies so: "Im Standort des Arbeitsprozesses vereinigen sich - vorerst noch abstrahiert von jeder historischen oder geographischen (territorialen) Besonderheit - Arbeiter, Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel. Der Standort ist selbst allgemeines Arbeitsmittel. Die Standorte des Arbeitsprozesses sind die abstrakt elementaren Festpunkte des Arbeitsprozesses im jeweiligen System der menschlichen Auseinandersetzung mit der Natur.

Der Standort des Arbeitsprozesses ist abstrakter Inbegriff, theoretisches Substrat, elementare Ausdrucksform der gesellschaftlichen Standortbildung und der geographischen Verteilung der Produktion." (8)

1,2,3,4, ders. s. 193, 194, 194, 197

5 "indem die Menschen produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst." Marx, K., Engels, F. "Die deutsche Ideologie" in: Marx/Engels Studienausgabe Bd. 1 herg.v. Fetscher, I s. 86

6,7, "Das Kapital" Bd 1 s. 195, 195

8 SCHMIDT-RENNER, G "Elementare Theorie der ökonomischen Geografie nebst Aufriß der historischen und ök. Geogr." Gotha/Leipzig 66

Damit sei die materiell-technische Seite, die Seite der Produktivkräfte erklärt. Aber zugleich entwickeln sich mit dem Gebrauch von bestimmten Arbeitsmitteln auch - zumindest der Möglichkeit nach - die entsprechenden Produktionsverhältnisse.

"Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird," unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird." (1)

In wechselseitiger Abhängigkeit von den Arbeitsmitteln gehen die Menschen in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens jeweils zu bestimmende Verhältnisse ein, indem sie auf eine bestimmte Art und Weise zusammen produzieren und bei gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die sich schon sehr früh ergibt, ihre Resultate der Produktion miteinander austauschen. Diese Seite der Produktion, die Produktionsverhältnisse werden charakterisiert durch die Eigentumsverhältnisse, die Verhältnisse der Arbeitsteilung und der Kooperation, die Klassenverhältnisse und die Distributionsverhältnisse.

Beide Seiten zusammen, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, ergeben die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion - die produktionsweise - die sich bekanntlich von der urgemeinschaftlichen (asiatischen) antiken, feudalen, bis hin zur bürgerlichen kapitalistischen Produktionsweise entwickelt hat. Den Produktionsweisen entsprechen die Klassenverhältnisse: Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, Bourgeoisie und Proletariat. (vgl. 2) sind die Klassen, die sich in der Geschichte gegenüberstanden und ununterbrochen Klassenkämpfe führten.

Betrachtet man den Arbeitsprozeß in dem historisch-konkreten Zusammenhang, in dem gearbeitet wird, berücksichtigt man den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse, so erhält auch der Standortbegriff der Produktion einen konkreten Inhalt. Es zeigt sich dann, daß eine bestimmte Stufe des Arbeitsprozesses auch ganz spezifische Standortbedingungen erfordert, daß der Begriff Standort der Produktion im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung der Wandelbarkeit unterliegt.

So ist z. B. die landwirtschaftliche Produktion an die Bodenfruchtbarkeit und an das Klima gebunden (jedoch auch nicht absolut, da sich mit den wachsenden Kenntnissen der Gesellschaft auch Möglichkeiten ergeben zeitweilige Naturschranken durch besondere Anbaumethoden, Dün-

gemittel oder Zuchtpflanzen usw. zu überwinden), während z.B. für das höher entwickelte Handwerk ganz andere Standortbedingungen erfüllt sein müssen. Hier zählt nicht mehr die Bodenfruchtbarkeit, sondern Rohstoffe, ausgebildete Arbeitskräfte und - je nach dem Entwicklungsstand des Transportsystems und der Art des Produktes - die Nähe zum bestimmten Endverbraucher, auf den sich der Handwerker ausrichtet. Infolgedessen wird sich der Handwerker an einem anderen Ort niederlassen als der Bauer, wenn auch der Ausgangspunkt für beide das Dorf war.

Der Begriff Standort des Arbeitsprozesses, der hier zur Grundlage der Betrachtung der Stadtentwicklung gemacht wird, ist damit eine historische Kategorie: Mit dem Wandel der Produktionsweise und ihren unterschiedlichen Anforderungen wandelt er sich zugleich auch selbst.

Oder: "Jede Produktionsweise hat das ihr angemessene Standortgefüge ihrer Subjekte und Objekte." (3)

2.2 Die Rolle der Natur im Arbeitsprozeß

Die Natur war im einfachen Arbeitsprozeß bestimmt als allgemeinsten Arbeitsgegenstand und allgemeinstes Arbeitsmittel, gegenständliche Bedingung des Produktionsprozesses (Standort). Stellt sie selbst im Auseinandersetzungsprozeß des Menschen (der Gesellschaft) mit der Natur gewissermaßen das *passive* Moment dar, so ist dieser *passive* Einfluß keine Konstante, die von außen und unveränderlich auf den Arbeitsprozeß wirkt, sondern er vermittelt sich nur über die gesellschaftliche Aktivität des Menschen im Arbeitsprozeß, die selbst Äußerung des natürlichen Lebensprozesses ist. Die Natur wird daher begriffen als die eine Seite des einfachen Arbeitsprozesses, als Objekt im Stoffwechselprozeß Mensch - Natur, der mit der Entwicklung der Produktivkräfte, die nur Ausdruck dieses tätigen Lebensprozesses ist, ebenfalls als ein sich entwickelnder zu verstehen ist. Die Natur erhält dadurch einen historisch-gesellschaftlichen Charakter.

"Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmächte gegenüber. (...) Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur." (4)

Bei einem so verstandenen Naturbegriff wirkt daher das, was man als geografische Milieufaktoren bezeichnet, über die gesellschaftliche Aktivität, über die Produktionsweise der entsprechenden Gesellschaft.

2 Marx, K/Engels, F "Manifest der komm. Partei" in Marx/Engels Ausgewählte Schriften, Bd 1 Berlin 68, s.25 ff

4 Kapital Bd 1, s. 192

Damit werden die Naturbedingungen selbst zu vermittelten ökonomischen Faktoren im Arbeitsprozeß.

"...die naturgeografischen Milieufaktoren werden je nach der historisch gegebenen Produktionsweise zu historisch spezifizierbaren ökonomischen Faktoren: zu feudalistischen, kapitalistischen, sozialistisch-kommunistischen Produktionsmitteln."
(5)

Der passive Einfluß der Natur kann sehr weit gehen; durch ihre Mannigfaltigkeit und ihre Eigenschaften kann sie einen stimulierenden Einfluß auf die Produktion sowie auch auf die Vervielfältigung der Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel ausüben und damit auch den Prozeß der Differenzierung und Arbeitsteilung anregen. Mit der wachsenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, mit fortschreitender Entwicklung der Produktion wächst auch die Bedeutung des Naturmomentes immer mehr an. So wird die Erde immer intensiver ausgebeutet, um Rohstoffe für die industrielle Herstellung von Waren zu erhalten; so geschieht die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur in einer immer umfassenderen Weise.

Auf der anderen Seite existieren auch hemmende Naturbedingungen, die jedoch mit wachsendem Stand der Produktivkräfte, also mit der Anwendung des wachsenden Standes wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse überwunden werden können, sodaß die Möglichkeiten der Gesellschaft immer größer werden. Aber auch diese Seite des Naturmomentes ist nicht abstrakt zu betrachten, sondern in Abhängigkeit von der Produktionsweise, denn: Erstens müssen zur Überwindung von hemmenden Naturfaktoren erst die entsprechenden Produktivkräfte entwickelt werden, und zweitens erklärt sich der Grund und der Zweck der Überwindung eines solchen hemmenden Naturmomentes aus den Produktionsverhältnissen.

Es ist damit ein bestimmter Ort als Standort der Produktion oder der Stadt nicht von vornherein günstig oder ungünstig. Erst die Produktionsweise bestimmt die Erfordernisse für einen Standort und wählt demnach aus oder überwindet die nachteiligen Ortsbedingungen.

3 SCHMIDT-RENNER, G "Ökonomisch-geografische Grundsatzfragen der Städtebildung", in: Geografische Berichte (Mitteilungen der geografischen Gesellschaft in der DDR), Heft 7, 1958, s. 17
5 ders. "Ursachen der Städtebildung", in: Petermanns geogr. Mitteilungen, 109ter Jg. 1965, s. 24

2.3 Die Rolle der demographischen Faktoren

Bevölkerungszahl, Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsstruktur - oftmals als Kriterien für die Erklärung von Städten angewandt - sind ebenso nicht dazu geeignet alleine die Stadtentwicklung und -entstehung begreifbar zu machen.

Zwar ist ein Stadtgebiet von seinem Umland unter anderem auch mit diesen Merkmalen zu unterscheiden, zwar können auch Kriterien wie Höhe der Geburtenziffer, Anteile der Einzelhaushalte am Gesamthaushaltsbestand oder auch das, was HOFMEISTER aus oberflächlicher psychologischer Sicht den "Städter" nennt (1) unter bestimmten beschränkten Zielsetzungen (wie z.B. der bloßen Beschreibung) zu exakten Ergebnissen führen, sie können jedoch nicht die Entwicklungsfaktoren der Stadt erklären, da sie selbst erst aus der herrschenden Produktionsweise und der entwickelten Stadt erklärbar werden.

Eine gewisse Bevölkerungszahl, eine Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsstruktur sind natürlich Voraussetzungen um überhaupt von einer Stadt sprechen zu können. Das Anwachsen der Bevölkerung selbst hat aber wenig mit der Stadtentwicklung zu tun (es ist höchstens deren Ergebnis), sondern ist auf die verbesserte Produktionsweise im agrarischen Sektor zurückzuführen, die erst die Ernährungsvoraussetzungen für einen Bevölkerungsanstieg schaffen mußte. Erst als aufgrund der verbesserten Produktivkräfte der latente Hunger im Mittelalter überwunden werden konnte, erst als medizinische Fortschritte gemacht wurden und über kurz oder lang auch die alten ideologischen Schranken - daß nämlich nur der am Bevölkerungswachstum teilnehmen konnte, der selbst eine ökonomische Vollstelle (d.i. Bauernhof oder eigene Werkstatt) hatte, und der Rest zur Ehelosigkeit gezwungen war (Gesellen, Knechte, Mägde (2)) - mit der beginnenden kapitalistischen Entwicklung beseitigt wurden, erst dann läßt sich in der Bevölkerungsstatistik die 'Bevölkerungswelle' feststellen.

Erst dadurch, also letztlich von der Entwicklung der Produktivkräfte, und von den beginnenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen her, die die alten kirchlich-ethischen Schranken des Feudalismus zersetzt hatten, sind die demographischen Faktoren zu erklären; sie sind damit ökonomisch vermittelte Faktoren. Sie sind von der Produktionsweise so deutlich geprägt, daß Marx formulieren konnte, daß "in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Bevölkerungsgesetze hat." (3)

1 Hofmeister, B, Stadtgeographie, Braunschweig 1969 2 Mackenroth, bevölkerungslehre, Berlin 1953 3 Kapital Bd 1, s. 569

2.4 Die Rolle des gesellschaftlichen Überbaus

Als ein weiterer untergeordneter Faktor für die Stadtentwicklung sei der gesellschaftliche Überbau genannt, d.h. die Politik, das Recht, Philosophie, Religion u.a. samt ihren Institutionen. Ihr Einfluß ist prinzipiell kein primärer und direkter. Erst eine bestimmte Produktionsweise, genauer, bestimmte Produktionsverhältnisse bedingen eine bestimmte politische, rechtliche, religiöse usw. Entwicklung, erst eine bestimmte gesellschaftliche Basis ruft einen bestimmten gesellschaftlichen Überbau hervor. Dies ist die Grundbeziehung. Auf der anderen Seite üben die Momente des Überbaus im Verlauf der Geschichte auch ihre Einwirkungen auf die gesellschaftliche Basis aus, modifizieren diese und können ihr eine bestimmte Richtung geben, die jedoch vom Stand der Produktivkräfte her vorgezeichnet ist. Mit anderen Worten: Nur der Einfluß kommt in der Stadtentwicklung zum Durchbruch bzw. bildet sich überhaupt erst, zu dem auch die objektiven Voraussetzungen vorhanden sind. Aber innerhalb der von der Produktionsweise gesteckten Grenzen können Überbaufaktoren - da sie durch die Teilung der Arbeit auf gesellschaftlichem Maßstab von der Basis getrennt sind - eine gewisse Verselbstständigung erfahren und auf die gesellschaftliche Basis einwirken.

Es zeigt sich also daß Basis und Überbau in wechselseitiger Beziehung zueinanderstehen, sich gegenseitig bedingen und in ihrer Gesamtbetrachtung eine Einheit darstellen, wobei die gesellschaftliche Basis das Hauptmoment bildet.

Von dieser Beziehung her müssen Theorien zurückgewiesen werden, die die Stadtentwicklung einseitig auf herrschaftliche Akte, wie z.B. die Stadtgründungen der Feudalherren oder der Kirche im Mittelalter zurückführen, Schutzbedürfnisse der Ansässigen zum Ausgangspunkt der Stadtentwicklung zu nehmen oder Stadt- und Marktrecht für das entscheidende Kriterium der Stadt halten.

Sicherlich spielten die feudalen Gründungen eine Rolle, auch sind die 'Verwaltungsstädte', die 'Planstädte' des Absolutismus wohl nicht abstreitbar, deren Entstehung und Physiognomie von den Herrschaftsinstitutionen der Gesellschaft ausgingen, die dann auch gleichzeitig die Städteverfassungen und Marktrecht^e bestimmten, um die ökonomischen Rechte der herrschenden Klasse abzusichern, jedoch war dies erst möglich,

wenn die Städte aufgrund der sozialökonomischen Notwendigkeit - verkörpert in der Produktionsweise - historisch überhaupt existierten."(1)

Es gilt daher, erst die Voraussetzungen für die herrschaftlichen Akte

zur Stadtgründung im Mittelalter zu untersuchen, anstatt diese selbst für die entscheidenden Voraussetzungen zu halten.

3. Grundzüge der Stadtentwicklung

=====

3.1 Die gesellschaftliche Arbeitsteilung und ihre territoriale Ausprägung

Ist mit Teil 2 klar, von welchem Aspekt aus wir die Stadtentwicklung betrachten wollen, daß wir nämlich nicht von Schutzbedürfnis oder Burgtheorien, von Markt- oder Handelstheorien oder von Theorien ausgehen, die auf der Geschichte des Stadtrechts aufbauen, sondern die Stadt als eine sozialökonomische Kategorie begreifen, die sich zugleich historisch wandelt, wollen wir nun die Bedingungen bringen, die die Grundlage für die Stadtentwicklung darstellen.

Mit der Entwicklung der Produktion ist untrennbar die Arbeitsteilung verbunden, die sich als ursprünglich-naturwüchsige schon innerhalb der Klassenlosen Urgemeinden auf physischer Ebene vollzogen hat (Teilung der Arbeit nach Geschlecht und Teilung nach Alter), dann zur gesellschaftlichen Teilung der Arbeit der Arbeit zwischen Ackerbau- und Hirtenstämmen führte ("erste große gesellschaftliche Teilung der Arbeit", vgl. 2), sich aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte weiterentwickelte zur Teilung der Arbeit zwischen Handwerk und Ackerbau ("zweite große Teilung der Arbeit", vgl. 3) und weiterhin zur Differenzierung innerhalb des Handwerks führte bis hin zur Spezialisierung und Teilproduktion innerhalb einzelner, schon industrieller alisierter Betriebe.

Durch diese Arbeitsteilung "im allgemeinen", "im besonderen" und "im einzelnen" (vgl. 4), nach Zweigen (Industrie - Agrikultur), Zweigbetrieben und innerhalb der Betriebe (letztere kann hier einmal vernachlässigt werden) entwickelte sich die Produktion von Waren, die Produktion für den Austausch, der das Gegenstück zur Arbeitsteilung, nämlich die Verbindung der Teilarbeiter darstellt. Es entstand damit als Folge der Handel, der den notwendigen Austausch der Arbeitsteil-

1 Schmidt-Renner, "Ursachen...", s. 25

2,3 Engels, F. "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", in: Marx/Engels Ausgewählte Schriften Bd 2, s. 284, 287

4 Marx, K. "das Kapital" Bd 1, s. 297 f.

ligen Produzenten besorgte. Zugleich aber trennte sich der Handel von der Produktion und begann eine Eigenentwicklung (Entstehen des Handels kapitalismus), die sich jedoch nur auf der Grundlage der Produktion der materiellen Güter vollziehen konnte.

Jede Arbeitsteilung bedeutet zugleich auch eine räumliche Auseinanderlegung der Produktion, eine territoriale Trennung, die sich aus den unterschiedlichen Standortanforderungen, aus den "unterschiedlichen Betriebsweisen" (vgl. 1) des Handwerks, des durch die Arbeitsteilung hervorgerufenen Handels, des Bankwesens, des Verwaltungswesens usw. im Vergleich zur Landwirtschaft ergibt. Das heißt

"Sobald sich eine gesellschaftliche Arbeit in Zweige und Betriebe überhaupt zu teilen beginnt, teilt sie sich zwangsläufig territorial." (vgl. 2)

Dies ist die Grundlage der Trennung der städtischen Produktion sowie des Handels und der ländlichen Produktion, der Trennung von Stadt und Land. Oder umgekehrt:

"Die Grundlage aller entwickelten und durch Warenaustausch vermittelten Teilung der Arbeit ist die Scheidung von Stadt und Land." (3)

Diese Trennung ist nicht abstrakt erfaßbar, sondern bezieht sich auf menschliche und sachliche Produktivkräfte, die unter ganz bestimmten geografischen Bedingungen und demographischen Voraussetzungen wirken und ganz bestimmte Produktionsverhältnisse hervorbringen, die selbst wiederum auf die Produktion zurückwirken, ihr Grenzen setzen oder sie - in nicht-antagonistischen Gesellschaften - fördern.

Die Lokalisierung der Faktoren, die zur Städtebildung führen - also nicht-agrarische, handelsbezogene, handwerkliche und industrielle, dazu verwaltungsbezogene, staatliche, ideologische usw. Funktionen - erfolgt dann aufgrund der ihrer Betriebsweise entsprechenden Standortbedingungen, d.h. unter Berücksichtigung der Verkehrslage, der Kommunikationsmöglichkeiten, der Rohstoff und Arbeitskräftebedingungen usw. in Abhängigkeit von dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktionsweise.

3.2 Die städtebildenden Faktoren

Wird die Entstehung und Entwicklung der Stadt aufgrund der Entwicklung der Produktionsweise und mithin der Arbeitsteilung und daraus

1,2 Schmidt-Renner "Ursachen der Städtebildung", s. 27,26

3 Marx, K "Das Kapital" Bd 1 s. 373

folgend der Lokalisierung arbeitsteiliger Produzenten an je nach Anforderung unterschiedlichen Standorten faßbar, so gibt Schmidt-Renner in seinem Aufsatz über die "ökonomisch-geografischen Grundsatzfragen der Städtebildung" eine allgemeine Erklärung, indem er den Begriff der städtebildenden Faktoren untersucht:

Die Lokalisierung von Gruppen arbeitsteiliger Produzenten und Dienstleistender nebst Werkzeugen kann als a l l g e m e i n - s t e r städtebildender Faktor angesehen werden. Die Differenzierung in v e r s c h i e d e n e städtebildende Faktoren ist nichts anderes als die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie ist ein Reflex der unterschiedlichen konkreten Tätigkeiten (Berufe) von arbeitsteiligen Produzenten sowie von Dienstleistenden des nichtproduktiven Beriechs, die sich lokal zusammengefunden, in einem bestimmten Mischungsverhältnis gruppiert, mit ihren Werkzeugen und sonstigen Einrichtungen niedergelassen haben." (1)

Die Eigenart dieser Faktoren und die Rolle im gesamten Standortgefüge bestimmen dann die Funktionen der entsprechenden Ansiedlung sowie ihre Physiognomie. Die zunehmende Arbeitsteilung und die Ver selbständigung der gesellschaftlichen Teilarbeiten führen dann zur weiteren Differenzierung. Nach Schmidt-Renner ergeben sich die wichtigsten Gattungen städtebildender Faktoren aus:

"Handwerk-Industrie, Handel mit Waren, Geld und Geldersatz, Transportwesen, Staatswesen, Interessenverbänden, Kulturwesen, Sanitätswesen, Justizwesen, Beherbergungs- und Vergnügungswesen, Kur- und Erholungswesen," (2)

sofern sie eine überörtliche Wirkung haben und damit eine Zentralität der entsprechenden Ansiedlung dieser Faktoren oder einiger dieser Faktoren im Territorium bewirken, Vermittlungsfunktionen für andere Orte im arbeitsteiligen Territorium inne haben und eine Differenzierung von anderen Orten herbeiführen; zugleich haben sie natürlich auch eine Wirkung auf das wirtschaftliche Leben innerhalb des eigenen Ortes. (vgl. 3). Aus der Gesamtheit dieser Faktoren erklärt sich dann die Agglomerationsfähigkeit des entsprechenden Ortes und - bei einem historischen Rückgriff unter Berücksichtigung der entsprechenden Produktionsweise (Spätfeudalismus, soweit man sich auf Mitteleuropa beschränkt)- auch seine Bildungsprozeß oder die Verstärkung vorstädtischer Ansiedlungen.

Diese städtbildenden Faktoren ("primäre Stadtbildner") führen zu Grundlokalisationen territorial-arbeitsteiliger Produktion und Dienste sowie territorial-arbeitsteiliger Produzenten und Dienstleistende,

1,2,3, Schmidt-Renner "Ökonomisch-geografische Grundsatzfragen der Städtebildung" s.19, 20, 20,

die weitere, ihnen entsprechende Grundlokalisationen nach sich ziehen. Mit diesem Entstehungsprozeß bilden sich ebenso lokal-arbeits-
teilige Lokalisationen, die städtebedienende Funktionen wahrnehmen und untrennbar mit den städtebildenden Faktoren verbunden sind. Beide zusammen, Stadtbildner und Stadtbediener, bedingen dann die Folgeeinrichtungen, wie z. B. die Wohnstätten.

Daneben wirken stadtfüllende Faktoren, die man auf Personen beziehen kann, die entweder noch nicht oder nicht mehr im Produktionsprozeß bzw. in den nachgeordneten Sphären (Dienstleistungen usw.) stehen (Kinder, Rentner) oder die aufgrund der Produktionsweise (Krise) arbeitslos sind oder dem Lumpenproletariat angehören. Alle drei, sehr unterschiedliche Wirkung besitzende Faktoren, machen die Stadt aus.

3.3 Die Differenzierung der Städte

Nach diesem Konzept können sowohl die unterschiedlichen Funktionen der Städte als auch die Stadtgrößen erklärt werden. Danach würden sich die Unterschiede zwischen den Städten aus den unterschiedlichen Bildungsfaktoren und die Größe der Städte aus der Quantität der einzelnen Bildungsfaktoren ergeben, wenn man einmal diese Abstraktion vollziehen will. Oder wie Schmidt-Renner formuliert:

"Qualität und Quantität der städtischen Einzelfunktionen im Territorium werden demnach (in erster Linie) von Qualität und Quantität der städtebildenden Faktoren bestimmt. Die territoriale Gesamtfunktion einer Stadt ist also nach Qualität und Quantität (in erster Linie) so differenziert, wie es ihre Bildungsfaktoren (die städtebildenden Faktoren) sind.=" (1)

Hiernach würde auch sowohl die Reichweite der überregionalen Funktionen der Stadt von Qualität und Quantität der stadtbildenden Faktoren abhängen, als auch - da Stadt und Territorium in einer Wechselbeziehung zueinander stehen - die Rückwirkung des Territoriums auf die Stadt.

Die Qualität der Stadtbildner, die in erster Linie zur Typendifferenzierung der Städte führt, hängt ab von der "städtisch lokalisierten Exploitation" (2), die durch Ausbeutung von Produzenten und Dienstleistenden durch die Produktionsmittelbesitzer bzw. durch die Institutionen der Dienstleistung unter den entsprechenden Voraussetzungen der Produktionsweise sowie auch unter den Voraussetzungen des geografischen Milieus und der demographischen Bedingungen geschieht.

Die zur Exploitation örtlich angesetzten Produzenten und Dienstleistende bedingen je nach Art und Maß ihrer Kombination, die abhängt von den

1,2 Schmidt-Renner "Ökonomisch-geografische Grundsatzfragen..."

"örtlich gegebenen bzw. heranziehbaren Exploitationsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Lebens einer Epoche" (1), die Vielfalt der Funktionen der entsprechenden Stadt (z.B. Weltstadt) oder aber die spezialisierten Funktionen der entsprechenden Stadt (z.B. Verwaltungsstadt, Industriestadt usw.). Hieraus läßt sich der Stadttyp sowie auch die Stadtgröße ableiten, da die Stadtgröße mit dem Stadttyp in Verbindung steht, d.h. ein besonders qualifizierter Stadttyp hat als Folge davon auch eine hohe Wachstumstendenz; oder:

"Letzten Endes ist dann die Größe einer Stadt nur die Funktion ihres Typs." (2)

3.4 Die stadtbildenden Faktoren als historische Kategorie

Die Ausprägung von stadtbildenden Faktoren ist untrennbar mit der Produktionsweise der entsprechenden Gesellschaft verbunden. Der Handel konnte z.B. erst dann zu einem Stadtbildner werden, als die Produktion für den Austausch schon entwickelt war, als die gesellschaftliche Arbeitsteilung schon ausgeprägt war und die gesamte Bevölkerung in die Ware-Geld-Beziehung einbezogen war. Oder: Die Industrie kann erst dort zu einem Bildungsfaktor für die Stadt werden, wo sie entwickelt ist, wo sie aufgrund der Produktivkräfte mit den entsprechenden Produktionsverhältnissen möglich und notwendig wird. D.h.: Stadtbildende Faktoren sind konkret-historisch zu betrachten sie ist keine abstrakt-allgemeine Kategorie.

Im folgenden soll die Bedeutung der Warenproduktion und des Handels für die Stadtentstehung dargelegt werden:

Mit der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, deren Ursachen in der Steigerung der Produktivkräfte zu suchen ist, und zwar in der Frühzeit vor allem auch in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, vollzieht sich die Umwandlung der Produkte in Waren, und es entwickeln sich durch den notwendigen Austausch der Waren - unter der Voraussetzung der Existenz des Geldes - Ware-Geld-Beziehungen zwischen den Produzenten. Die ursprünglich selbstgenügsamen Bauernwirtschaften bzw. die im frühen Mittelalter selbstgenügsamen Fronhöfe hören auf, eine autarke Stellung zu haben und werden in ein System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einbezogen; damit wird der Handel zur allgemeinen Notwendigkeit. Im frühen Mittelalter war dieser zunächst Luxushandel, da es die Feudalherren waren, die -

1,2 Schmidt-Renner ders., s. 25, 25

aufgrund der Aneignung des bäuerlichen Mehrproduktes durch herrschaftliche Gewalt - sich des Geldbesitzes erfreuten und mit diesem den Fernhandel, der sich auf nicht-lebensnotwendigen Waren bezog, anregten.

Diese Entwicklung hatte die "Fernhandelsiedlungen" zur Folge, die im wesentlichen Umschlagplätze und Lagerstätte für die Handelsgüter waren. Läßt sich so schon eine Ausgliederung von nicht-agrarischen Siedlungen feststellen, die infolge ihrer zunehmenden ökonomischen Macht sogar eine gewisse Selbstständigkeit erlangten, so zeigt sich ein ähnlicher Prozeß - allerdings in gesamtgesellschaftlichem Maßstab - als mit zunehmender Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen und mit Einbezug der gesamten Bevölkerung in diese Beziehungen sich die "Wochenmarktsiedlungen" herausbildeten, deren Standorte so gelegen waren, daß sie sich einerseits an das Handwerk anlehnten, andererseits aber auch dem für den Handel notwendigen Verkehrssystem, den damaligen Transportmöglichkeiten und den zusätzlich fördernden Bedingungen, wie z.B. die Nähe der Kirche oder des Feudalherren, der vornehmlich die notwendigen Gegenwerte für die angebotenen Waren besaß, entsprachen.

Diese Entwicklung zog dann die notwendigen Folgeeinrichtungen sowie andere Dienstleistungseinrichtungen nach sich. Der Handel war also unter den Voraussetzungen des Spätfeudalismus an ein Bildungsfaktor der Stadt - jedoch kein isolierter, sondern ein das städtische Handwerk angelehnter Bildungsfaktor - ; er hatte eine überregionale Funktion im schon arbeitsteiligen Territorium.

Daneben führte der Handel zur Akkumulation von Handelskapital, der historisch frühesten Form von Kapital (allerdings noch nicht in seiner eigentlichen Funktion), und war die Grundlage des städtischen Reichtums im Spätfeudalismus. Das bedingte wiederum das Interesse des Feudalherren an der Stadtentwicklung, da sie durch Steuerabgaben der Stadt am Reichtum beteiligt waren und ihre Macht auf die Anzahl der von ihnen beherrschten Städte stützten. so führte dieses Interesse zu selbstständigen Stadtgründungen der Feudalherren, der Kirche und des mit beiden in Konkurrenz befindlichen Kaisers.

Unter kapitalistischen Voraussetzungen ändern sich entsprechend den Bedingungen der Kapitalverwertung die Faktoren der Städtebildung. Der im Spätfeudalismus/Frühkapitalismus blühende Handel hört auf maßgebliches Mittel zur Erlangung von Profit in großem Maßstab zu sein, verliert seine Selbstständigkeit und wird vom aufkommenden industriellen Kapital in die Produktion integriert oder bemächtigt sich selbst der Produktion, die nun hauptsächlich - auf der Basis des Wertgesetzes - Quelle von Mehrwert, Mittel zur Verwertung des Kapitals wird.

Die entsprechenden Erfordernisse der kapitalistischen Produktion

schlagen sich dementsprechend in der Stadtentwicklung nieder: Viele alte bedeutende Handelsstädte sinken zur Bedeutungslosigkeit ab (z.B. Venedig, Genua, Wisma, Riga, Nowgorod usw.), erhalten eine neue Bestimmung (z. B. Hamburg, Frankfurt, Bremen usw.), und es entstehen neue Industriestädte und vor allem Ballungsräume der industriellen Produktion (z.B. Ruhrgebiet, Rhein-Main-Raum).

Da die Bedingungen der Kapitalverwertung nun zum Hauptmoment der Lokalisierung arbeitsteiliger Produzenten werden, entspricht sie ganz dem Charakter der kapitalistischen Produktionsweise: dort, wo sich Kapital wegen den günstigen Verwertungsbedingungen sammelt, entstehen Ballungsräume der industriellen Produktion (Rhein-Ruhr), andernorts entstehen wegen fehlender Verwertungsmöglichkeiten industrielle Notstandsgebiete (Eifel, Hunsrück).

Dagegen gehen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die entscheidenden Faktoren der Lokalisierung arbeitsteiliger Produzenten von einer gesamtgesellschaftlichen Planung auf der Grundlage der Möglichkeiten der Produktion aus, wobei natürlich jedesmal auch die naturgeographischen und demographischen Voraussetzungen, vermittelt durch die Ökonomie der betreffenden Gesellschaftsepoche, eine Rolle spielen. So zeigt sich, daß die städtebildenden Faktoren für sich eine Abstraktion darstellen, daß sie jedesmal unter dem Blickwinkel der Produktion sowie der materiellen Güter der Gesellschaft betrachtet werden müssen, daß sie als sozialökonomische Kategorie historisch veränderbar sind.

3.5 Der Gegensatz zwischen Stadt und Land

Da die Städtebildung im Spätfeudalismus und Kapitalismus keine planmäßige war, sondern im wesentlichen spontan vor sich ging, ergibt sich eine Vielfalt von untereinander konkurrierenden und sich gegenseitig ausbeutenden Städten. Die entstehenden Disproportionen sind, da die Stadtbildung letztlich von der Produktion und den entsprechenden Folgeeinrichtungen getragen wird, nichts anderes als ein Reflex auf die - vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet - Anarchie in der Produktionsweise des Kapitalismus' bzw. des Spätfeudalismus, wenn man das Spätmittelalter bei der Städtebildung in Europa im Auge hat. Diese Widersprüche sind zurückführbar auf den Grundwiderspruch des Kapitalismus, der in dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produktionsergebnisse durch die Produktionsmittelbesitzer besteht. Der Grundwiderspruch führt unter anderem - vereinfacht dargestellt - dazu, daß die Eigentümer von

Produktionsmitteln im Eigeninteresse Standorte der Produktion wählen, die vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet widersinnig sein müssen; daß diese Städte im Gegensatz zueinander stehen (hieraus könnte man das Schutzbedürfnis oder Ähnliches ableiten), gegeneinander konkurrieren und sich gegenseitig ausbeuten; und daß die Städte das umliegende Territorium im Wege des ungleichen Tausches, des Austauschs von Waren, die mit unterschiedlicher Produktivität produziert wurden, und aufgrund von Steuerlasten ausbeuten. So entsteht vor allem ein Antagonismus zwischen Stadt und Land, ein Antagonismus, der sich im Laufe der Geschichte wandelt, der zunächst darin bestand, daß unter feudalistischen Produktionsverhältnissen der Feudalherr durch seine herrschaftliche Gewalt die Stadt ausbeutete und später, unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die Stadt aufgrund ihrer ökonomischen Macht das Land ausbeutete. Marx schreibt dazu im 3. Band des "Kapital" :

"Wenn das Land im Mittelalter die Stadt politisch ausbeutete, überall da, wo der Feudalismus nicht durch ausnahmsweise städtische Entwicklung gebrachen ist, (...) so exploitiert die Stadt überall und ohne Ausnahme das Land ökonomisch durch ihre Monopolpreise, ihr Steuersystem, ihr Zunftwesen, ihren direkten kaufmännischen Betrug und ihren Wucher." (1)

3.6 Die Entwicklung der Klassengegensätze als Ausdrucksform der Stadtentwicklung

Die Stadt ist - wie versucht wurde aufzuzeigen - die Ausdrucksform der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit und damit der Warenproduktion, die auf den Handel angewiesen ist. In Mitteleuropa entsteht sie mit dem Verfall des Feudalismus.

Durch den mit der Warenproduktion aufkommenden Handel wurde das Feudalsystem zersetzt; er führt dazu, daß - aufgrund der Bedürfnisse der Feudalherren, zu Geld für den Fernhandel zu gelangen - die Jahrhunderte alte Grundrente in Form von Naturalien in eine Geldrente umgewandelt wurde. Mit dieser Geldrente änderten sich die Beziehungen zwischen Feudalherren und Leibeigenen. So konnten sich z.B. letztere freikaufen, wenn sie durch die relativ selbstständige handwerkliche Tätigkeit innerhalb des feudalen Gegensatzes durch Verkauf ihre Überschussprodukte an den Handelsstätten zu einem gewissen Wohlstand gelangt waren. Oder sie liefen einfach davon, sobald die städtische Entwicklung schon weiter fortgeschritten war, und sie dort mit einem

1 Marx, K "Das Kapital" Bd 3, in MEW Bd 25 Berlin 70, S. 809

gewissen Schutz rechnen konnten. (Stadtluft macht frei)

Mit dem Anwachsen des kaufmännischen Reichtums konnten sich die Städte entweder freikaufen, oder sie führten den Klassenkampf in bewaffneter Auseinandersetzung, was zur Zerstörung der feudalherrlichen Burgen und Schlösser führte und zur Bewaffnung der Städte.

Das Ergebnis dieser Klassenkämpfe, deren Sieger das aufsteigende Bürgertum war, zeigte sich in den städtischen Verfassungen die auf der Selbständigkeit der Stadt gründeten. Die Städte erlangten Zug um Zug echte Machtpositionen: Gerichtsbarkeit, Polizeigewalt, Wehtverfassung, Münzrecht, Finanz- und Steuerwesen, Selbstverwaltung durch den Rat.

damit entstand inmitten der alten feudalen Gesellschaftsordnung ein bürgerlicher Sektor der Wirtschaft, der sich seine Unabhängigkeit erkämpft hatte und durch die Städteverfassungen abgesichert war. Gleichzeitig entstand damit eine neue Gesellschaftsklasse, das städtische Bürgertum, das zunächst aus den reichen Kaufleuten bestand, die den Anfang der Stadtentwicklung entscheidend bestimmten.

Wurde der Unabhängigkeitskampf der Städte noch gemeinsam von Kaufleuten und Handwerkern geführt, so zeigte sich danach, daß die Kaufleute aufgrund ihrer ökonomischen Macht das bestimmende Moment waren und die Ratsverfassungen als wirtschaftliches Instrument in ihrem Interesse ausnutzten.

Die Folge davon war, nachdem auch die Handwerker im Verlauf der Entwicklung zu Geld und Macht kamen, der Zusammenschluß der Handwerker zu Zünften und der Kampf zwischen Kaufleuten und Handwerkern, der jedoch kein revolutionärer war, da Handel und Handwerker nur zwei Seiten ein und derselben Produktionsweise waren. So ging es hier nicht um die grundlegenden Machtpositionen (wie im Kampf zwischen Stadtherren und Kaufleuten), sondern nur um eine Beteiligung der Handwerker an den städtischen Selbstverwaltungsinstitutionen.

Da eine konkrete Darstellung der wachsenden Macht der Städte, ihre Weiterentwicklung im Kapitalismus uns umfassend z.Z. nicht möglich ist und da dies auch nicht mehr direkt in den begrenzten Rahmen des Themas gehört, sei der Einfachheit halber auf weiterführende Literatur verwiesen:

Maurice Dobb, Entwicklung des Kapitalismus

Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands

Karl August Wittvogel, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

ASSISMUS UND "SEPARATE DEVELOPMENTS" IN ZIMBABWE

=====

Zimbabwe folgt dem Weg Südafrikas

"background-information zum Ausschluß der rhodesischen Sportler von den Olympischen Spielen

Dieser Nachtrag zum Bericht "Sozialgeographische Probleme des Raumes Rhodesien-Malawi-Mosambik" (Osterr. Globus, heft 3, S. 30-67) befaßt sich speziell mit einigen Aspekten des Rassismus und getrennten Entwicklung bzw. Apartheidspolitik in Zimbabwe. Aktueller Anlaß zu diesem Bericht ist der Ausschluß der Olympiamannschaft Rhodesiens. Ziel dieser Darstellung ist es über den aktuellen Anlaß die sozio-ökonomischen Verhältnisse und die politische Entwicklung Zimbabwes darzulegen. Zusammen mit dem Aufsatz über Rhodesien-Malawi-Mosambik können besonders im Weltkunde- oder Gemeinschaftskundeunterricht aus den gegebenen Informationen weitere politisch-ökonomische, historische und soziologische Themen über das südliche Afrika entwickelt werden.

Der Ausschluß der rhodesischen Mannschaft von den Olympischen Spielen hat das Rhodesienproblem erstmals seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung wieder in das Blickfeld der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gerückt. Doch die Sympathien der Westdeutschen waren einseitig für die ausgeschlossenen Sportler (44 Weiße und 8 Farbige) und nicht für die 5 Millionen unterdrückten Afrikaner und ihrer berechtigten Forderung nach Ausschluß der von der illegitimen Ian Smith Regierung entsandten Sportler vergeben. Die Bildzeitung vom 24. 8. 1972 veröffentlichte den Dank des Chef de Mission der rhodesischen Olympiamannschaft:

"Vielen Dank Ihr Deutschen... ich möchte den vielen Millionen Deutschen meinen Dank aussprechen... in der Stunde der Bitterkeit haben uns Eure Telegramme, Anrufe, Eure ganze Anteilnahme gezeigt, daß viele mit uns fühlen...."

Massenmedien, Politiker und andere Persönlichkeiten (besonders des Sports), die eigentlich von den heiteren Spielen und deren Vorbereitungen berichten wollten, sahen das Mammutfest durch diesen politischen Eingriff - der berechtigten Forderungen des Volkes von Zimbabwe, durch solidarisierende afrikanische Staaten vorgebracht - bzw. diesen Erpressungsversuch schwarzafrikanischer Politiker gefährdet. Denn nicht weniger als 22 Länder Afrikas und Lateinamerikas drohten mit ihrer Abreise. Viele wären bestimmt noch gefolgt. Die Boykottandrohung bewirkte schließlich den Ausschluß Rhodesiens von den Spielen in München. Dazu Avery Brundage am 14. 9. 1972: "... denn wir haben im Falle Rhodesiens den Kampf gegen nackte politische Erpressung verloren."



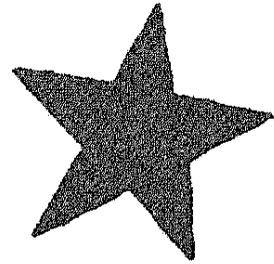
Die Zeitschrift "ROTTER GLOBUS" wird z.Z. über folgende linken
Buchläden in der BRD und Westberlin vertrieben:

Augsburg - Das Politische Buch, Am Schwall 15
Berlin - Buchladenkollektiv an der TU, Savignyplatz 5
Berlin Commune, Unter den Eichen 84d
Berlin - Jürgen's Buchladen, Königin-Luise-Str. 40
Bielefeld - Buchladen Granier Welle 9
Bochum - Politische Buchhandlung, Overbergstr. 5
Bonn - Kritische Politik Redaktion, Am Hopfengarten 15
Braunschweig - Kleiner Roter Buchladen, Fallerslebenstr. 41
Bremen - Das Politische Buch, Fedalhören 10
Bremen - Buchladen Wussmann, Am Wall 164
Erlangen - Politladen, Hindenburgstr. 17
Frankfurt - Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
Frankfurt - Libresso, Opernplatz 10
Frankfurt - Polibula, Adalberstr. 7a
Frankfurt - Buchforum (Linksbuch), Homurgerstr. 36
Freiburg - Libro Libre, Herrenstr. 53
Göttingen - Polibula, Weenderstr. 73
Hamburg - Arbeiterbuch, Grindelhof 45
Heidelberg - J. Burkhard, Marstallstr. 11a
Heidelberg - Buchladen Rupp-Grunow, Untere Straße 9
Marburg - Buchladen Roter Stern, Am Grün 28
Munster - Rosta Sozialistischer Buchladen, Rothenburg 31
Nürnberg - Bücherkiste, Jakobstr. 26
Schweinfurt - Buchladen Neuer Weg, Am Zeughaus 34
Tübingen - Das Politische Buch, Kronenstr. 4

Kontaktadressen:

Michael Schwittau 1 Berlin 41 Friedrichsruherstr. 52
Fachschaft Geographie 463 Bochum UNI NA 01/74
Fachschaft Geographie Erlangen¹¹ Wolfram Droth 851 Fürth Laubenweg 25/4
Ernst Stracke 6 Frankfurt Juliusstr. 1-3
Ulrich Heidt 63 Gießen Ebelstr. 7
Ulrich Weyl (Gießen) 634 Allendorf/Dillkreis Mittelfeldstr. 4
Fachschaft Geographie Göttingen, 34 Göttingen Paulinerstr. 1
Einhar Schmidt 8 München 2 Theresienstr. 118-120 F 08
Ulli Schlidethärle 74 Tübingen Stauffenbergstr. 21

POLITISCHER BUCHVERSAND ROTER STERN



355 Barburg, A m G r ü n 2 5

T e l e f o n : 06421 / 24757

P o s t s c h e c k k t o : P f m 109031

;

- 1.) Kapitalistische Hochschulreform, Marxistische Gruppe
Erlangen, April 72
- 2.) Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungs-
sektors, J. Aitvater/F. Huisken
- 3.) Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie,
F. Huisken
- 4.) Kursbuch 27, Planen, Bauen, Wohnen
- 5.) Der Begriff der Natur in der Lehre von Karl Marx,
Alfred Schmidt
- 6.) Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und
Politik in den Kommunen der Bundesrepublik, Adalbert Evers
Michael Lemmann
- 7.) Sanierung für wen ?
- 8.) Marxismus und Wirtschaftsgeschichte, Karl August Witt-
vogel; besonders Kapitel: Geopolitik, geographischer
Materialismus, und Marxismus
- 9.) Emigration und Imperialismus, Cinanni, D.
- 10.) Architektur und Stadtplanung im Spätkapitalismus, März
Verlag

L i e f e r u n g p o r t o f r e i

k e i n e p r i v a t e n p r o f i t e

U n t e r s t ü t z u n g d e s a n t i i m p e r i a -
l i s t i s c h e n K a m p f e s